

Protokoll

27. Sitzung der Legislatur 2011-2015

Dienstag, 9. Dezember 2014, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsidentin Christine Schuhwerk

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Bachofen Werner, SVP Familie
Vonlanthen Andrea, SVP Krank

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP, Brühwiler Konrad, SVP,
Hug Patrick, CVP, Stäheli Reto, CVP, Züllig Hans-Ulrich, FDP

Protokoll: Evelyn Jung, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 27/ 1. Mitteilungen
- 27/ 2. Voranschlag 2015 der Stadt Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 27/ 3. Botschaft Verkauf Liegenschaft
Massnahmen zur Optimierung der finanziellen Lage der Stadt Arbon,
Eintreten, Diskussion
- 27/ 4. Fragerunde
- 27/ 5. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder und Stadtratsmitglieder. Auf dem Weg hier ins Parlament konnten wir die sehr schöne neue weihnächtliche Beleuchtung rund um den Stahelkreisel bewundern, welche uns wieder einmal aufzeigt, was sich alles, auch im Positiven, hier in der Stadt Arbon geändert hat.

ich begrüße sie zu dieser Parlamentssitzung und hoffe, sie haben ebenso Freude an dem wunderbar beleuchteten Baum vor der Wunderbar, wo am vergangenen Sonntag die Lichter angezündet worden sind und man den 1. Advent bei einer Geschichte feiern konnte.

Ein ganz besonderer Gruss geht an Lisa Diethelm, Lernende der Stadt Arbon, Geraldine Brenner, Lernende der Gemeinde Sulgen und Silja Domantis, welche die Ausbildung bei der Stadt Romanshorn macht. Diese drei Damen müssen für die Schule einen Vortrag über den Ablauf einer Parlamentssitzung machen. Sie werden deshalb die Sitzung mitverfolgen, dokumentieren und einige Fotos machen.

Ich wünsche ihnen speziell, sowie allen Besucherinnen und Besuchern einen spannenden Einblick in die gelebte Arboner Politik mit dem heutigen Schwerpunkt „Budget der Stadt Arbon für das Jahr 2015“, bei einer angespannten finanziellen Lage.

Namensaufruf

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin Evelyne Jung.

Zurzeit sind 24 Mitglieder anwesend, Bernhard Bertelmann, Remo Bass, Philipp Hofer und Monika Strauss werden etwas später eintreffen. Wenn alle eingetroffen sind, sind es 28 Mitglieder. Entschuldigt haben sich Werner Bachofen und Andrea Vonlanthen, beide SVP. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Traktandenliste

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Riquet Heller, FDP: Wie bereits mit Mail in Umlauf gesetzt und ihnen zur Kenntnis gebracht, stelle ich als Ergänzung zur Traktandenliste zwei Anträge.

1. Antrag:

Es sei nach Traktandum Ziff. 2 "Vorschlag 2015 der Stadt Arbon", nachfolgend Traktandum Ziff. 2 lit. a genannt, ein Traktandum Ziff. 2 lit. b mit dem Titel: "Änderung der Entschädigung Stadtratsmitglieder, geltend ab 01.06.2007, für das Jahr 2015" einzufügen.

2. Antrag:

Es sei nach dem vorerwähnten Traktandum Ziff. 2 lit. b ein Traktandum Ziff. 2 lit. c mit dem Titel "Änderungen zum Beschluss des Stadtparlamentes über die Entschädigung der Parlamentsmitglieder und der Fraktionen vom 27.05.2003, ergänzt erst kürzlich am 23.09.2014, für das Jahr 2015" einzufügen.

All dies ist ihnen wohl bekannt, weil ich ihnen, wie bereits gesagt, per Mail durchgegeben habe.

Zur Begründung der beiden Anträge:

Sollte das Parlament heute an der Budgetdebatte für das Jahr 2015 Kürzungen von Entschädigungen an Stadtratsmitglieder und/oder Parlamentarier, allenfalls Fraktionen, beschliessen, ist rechtlich zwingend, dass die beiden vorerwähnten Parlamentsbeschlüsse geändert werden. Ansonsten können die entsprechenden Kürzungen nicht vollzogen werden. Eine rückwirkende Kürzung auf den 01.01.2015, die später geändert werden sollte, ist unzulässig.

Die sofortige Modifikation der entsprechenden Entschädigungsbeschlüsse gleich anschliessend an den Budgetbeschluss hat im Weiteren den Vorteil, dass Kürzungen nicht auf Freiwilligkeit, sondern auf verbindlichem Mehrheitsbeschluss beruhen. Keine Freiwilligkeit, keine Zappeligkeit sondern Verbindlichkeit.

Werden bei Parlaments- und Stadtratsentschädigungen im Rahmen der Budgetdebatte keine Kürzungen beschlossen, sind meine neu vorgeschlagenen Traktanden Ziff. 2 lit. b und c obsolet.

Sollten die Anträge auf Ergänzung der Traktandenliste abgewiesen werden, sind die Entschädigungen an Parlamentarier, bzw. Fraktionen, bis auf weiteres gebundene, das heisst auf vorausgegangenen Parlamentsbeschlüssen beruhende Ausgaben, die nicht gekürzt werden können. Dasselbe gelte für Entschädigungen an den Stadtrat.

Ich argumentiere natürlich nicht nur gesetzestechisch sondern auch politisch.

Es ist angezeigt, dass heute nicht nur auf dem Buckel der Bevölkerung, sondern auch bei uns selbst, das heisst beim Stadtrat und dem Parlament, gespart wird und sei das auch nur symbolisch. Man kann nicht Wasser predigen und weiter ständig unverdünnten Wein trinken. Ich bitte sie darum um Genehmigung der beiden Anträge betreffend Ergänzung der Traktandenliste.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich unterstütze die beiden Ergänzungsanträge zur Traktandenliste. Ich finde, wenn allenfalls da Kürzungen vorgenommen werden bei den Sitzungsgeldern, braucht das Entscheide des Parlaments und entsprechend eine Ergänzung der Traktandenliste. Ich bitte sie auch aus rechtsformalen Gründen diesen Traktandenergänzungen zuzustimmen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion bittet sie, diese Anträge abzulehnen. So richtig Riquet Heller mit seinen Überlegungen zum Budget liegt, so falsch leider seine Konsequenzen, seine Überlegungen zu Gesetzes-, Reglements-Änderungen. Man kann nicht an einer Parlaments-sitzung einen Antrag stellen, ohne dass vorher ein Antrag, eine Motion oder etwas Ähnliches eingereicht worden ist. Der Ablauf ist dann so, dass es dann an den Stadtrat geht, dann wird hier darüber abgestimmt, Erheblich-Erklärung, und dann wird eine Kommission gebildet. Wenn wir heute Abend hingehen und Reglements-Änderungen vornehmen, müsste man dies als ungültig zurückweisen.

Die Überlegungen sind richtig, dass, macht man Budgetänderungen, da möglicherweise gesetzliche Bedingungen ritzt, das aber ist in der Politik nichts Neues. Da liegt dann der Ball beim Stadtrat, der dann richtige Vollzüge vornehmen muss. Was auch immer jetzt heute Abend erfolgt, zumindest diese Anträge sind ungültig und wir sollten nicht darauf eintreten und lehnen sie ab, sonst haben wir nachher ein rechtliches Problem.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion lehnt die Änderung der Traktandenliste ebenfalls mehrheitlich ab. Wir stimmen hier weitgehend Luzi Schmid zu. Er hat recht. Warten wir erst einmal die Beratung ab, und dann können wir immer noch in einem zweiten Schritt entscheiden.

Riquet Heller, FDP: Das habe ich natürlich erwartet, dass nicht nur politisch, sondern auch rechtlich repliziert wird. Luzi Schmid und Roland Schöni, ihr aber seid auf dem falschen Dampfer, denn der Stadtrat kann nur verlangen, dass er die Vorlage zuerst unter sich beraten will. Wenn er das will, soll er das jetzt verlangen. Ich meine, das dürfte ihm schwer fallen aus politischen Überlegungen, es geht nämlich nicht um viel. Es geht nur um wenige tausend Franken an die nebenamtlichen Stadträte, der Rest betrifft uns. Rechtlich beziehe ich mich auf den Art. 26 unserer Geschäftsordnung, wo es im Abs. 4 heisst: „Setzt das Parlament Geschäfte auf die Tagesordnung, die der Stadtrat nicht behandeln konnte, so kann dieser verlangen, dass ihm die Geschäfte zuerst zur Beratung und Antragstellung überwiesen werden“.

Er soll das tun, wenn er es nicht tut wegen dieser Kleinigkeit die verlangt wird, können wir beschliessen. Ich meine, es gehe hier weniger um Substantielles, sondern um Symbolik nämlich, dass wir Parlamentarier und die Stadträte bei der Sparübung, die heute eingeleitet, mitmachen. Das ist das Wesentliche. Ich bitte sie darum, die beiden Ergänzungen der Traktandenliste zu genehmigen.

Stadtammann Andreas Balg: Es ist uns ein dringendes Anliegen, dass allfällige Änderungen zuerst von uns gründlich erarbeitet werden und deshalb verlangen wir das erwähnte Vorgehen, auf jeden Fall eine Überweisung an den Stadtrat, sollte diese Kürzung angenommen werden.

Riquet Heller, FDP: In Anbetracht des Votums aus dem Stadtrat ziehe ich meinen Antrag betreffend Ergänzung der Traktandenliste „Entschädigungen des Stadtrats“ zurück. Es ist demzufolge so, dass die Entschädigung des Stadtrates gebundene Ausgaben sind. Bis die entsprechenden Beratungen und allenfalls die Kommissionsbildung im Parlament durchgeführt worden sind, garantiere ich ihnen, dass mehr als die Hälfte des Jahres 2015 verstrichen ist, und demzufolge an diesen Entschädigungen an den Stadtrat von keinem etwas geändert werden kann. Zurzeit sind es gebundene Ausgaben und es kann nichts geändert werden. Nochmals, ich ziehe meinen Antrag betreffend Änderungen der Entschädigungen an den Stadtrat zurück. Wir beschliessen nur über Änderungen betreffend unseren Entschädigungen.

Vizestadtmann Patrick Hug: Es geht hier nicht um eine politische Frage, sondern es geht hier um einen ordentlichen Ablauf. Sie, das Parlament, haben das Gehalt des Stadtamanns und die Entschädigung für den Stadtrat mittels und aufgrund einer Botschaft des Stadtrats hier verabschiedet. Sie haben dafür eine vorberatende Kommission eingesetzt, die dann die Vorschläge des Stadtrats eingehend diskutiert und dann entsprechend Vorschläge an das Parlament gemacht hat. Genau so geht es auch diesmal. Es geht hier nicht um eine politische Frage. Es geht auch nicht darum, dass der Stadtrat sich Sonderrechte herausnehmen will, sondern es geht um den ordentlichen Ablauf, wie er nun einmal üblich ist. Sollten Sie die Sitzungsgelder des Stadtrates beschneiden, so geht das Geschäft an den Stadtrat. Er wird eine Botschaft ausarbeiten, wo die verschiedenen Gehaltsstufen der Sitzungsgelder fein säuberlich aufgelistet sind. Wir werden dann entsprechende Vorschläge machen und ich nehme an, sie werden dann eine Kommission einsetzen, müssen aber nicht, wenn sie das Geschäft schnell behandeln wollen. Danach beschliesst dann das Stadtparlament definitiv.

Es ist mir sehr wichtig an dieser Stelle, dass dieser Ablauf sauber vonstatten geht und hier nicht von irgendwelchen politischen Ränkespielen allenfalls die Rede sein muss und darf.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich muss demzufolge, da Riquet Heller seinen Antrag betreffend "Änderungen zum Beschluss des Stadtparlamentes über die Entschädigung der Parlamentsmitglieder und der Fraktionen vom 27.05.2003, ergänzt erst am 23.09.2014, für das Jahr 2015" nicht zurückgezogen hat, zur Abstimmung bringen.

://: Die Traktandenänderung um Ergänzung "Änderungen zum Beschluss des Stadtparlaments über die Entschädigung der Parlamentsmitglieder und der Fraktionen vom 27.05.2003, ergänzt erst am 23.09.2014, für das Jahr 2015" wird mit 17 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand vom 28. November 2014

- Einladung mit Traktandenliste
- Kommissionsbericht FGK, Voranschlag 2015
- Botschaft Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) – Grundsatzentscheid
- Projektübersicht der Stadt Arbon

Mit Sonderversand vom 25. September 2014

- Voranschlag 2015 der Stadt Arbon

Per E-Mail am 12. November 2014

- Parlamentsprotokoll der 26. Sitzung vom 28. Oktober 2014

Das Protokoll der letzten Parlamentssitzung ist seit dem 28. November 2014 im Internet aufgeschaltet und ist somit genehmigt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

- Parlamentarischer Vorstoss:
Es sind keine parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Ich bitte Hanspeter Belloni, Präsident der Einbürgerungskommission, um Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission.

Präsident Einbürgerungskommission Hanspeter Belloni:

Seit der letzten Parlamentssitzung vom 4. November 2014 wurden folgende Personen ins Arboner Bürgerrecht aufgenommen:

- Carbone Alessandro, 1987, italienischer Staatsangehöriger
- Längle Andreas, 1984, österreichischer Staatsangehöriger
- Marrone Fiorentino, 1959, italienischer Staatsangehöriger
- Merkt Iris, 1976, deutsche Staatsangehörige
- Peters Ilka, 1967, deutsche Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten.

Pendenzen

Im Moment liegen 3 pendente, behandlungsreife Gesuche von 6 Personen vor. Weitere 11 Gesuche von 22 Personen befinden sich im Vorprüfungsverfahren oder im eidgenössischen Bewilligungsverfahren. Weiter liegen bereits 10 neue Gesuche von 16 Personen vor.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Besten Dank Hanspeter Belloni für die Informationen und der ganzen Kommission für die geleistete Arbeit.

2. Botschaft „Voranschlag 2015 der Stadt Arbon“

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Vom Stadtrat liegen folgende Anträge vor:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2015 sei bei 76% zu belassen.
2. Der Voranschlag 2015 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'188'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.
3. Die Investitionsrechnung 2015 mit Nettoinvestitionen von 9'845'000.-- Mio. Franken sei zu genehmigen.

Es liegt ihnen auch der Kommissionsbericht mit den Anträgen der FGK sowie mit den daraus resultierenden Zahlen vor.

Dieser Bericht mit den Anträgen der FGK ist ihnen vorgängig zugestellt worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Wir kommen zum Eintreten. Die Diskussion zum Eintreten ist offen. Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Lukas Graf als Präsident der FGK.

Ich möchte noch erwähnen: zwischenzeitlich sind Philipp Hofer und Remo Bass eingetroffen. (18.25 Uhr)

Lukas Graf, Präsident FGK: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Voranschlag 2015 und den Finanzplan 2016 – 2018 geprüft und einen umfassenden Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates erstellt. An der Sitzung vom 4. November beantworteten die Stadträte zusammen mit den Abteilungsleitenden die jeweiligen Fragen zu ihrem Ressort.

Noch vor der Behandlung des Budgets traf sich die FGK Mitte September mit Stadtmann Andreas Balg zur Besprechung der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, mit der sich das Parlament ja bekanntlich in der Oktober-Sitzung befasst hat. Vor einem Jahr hat die FGK dem Stadtrat angesichts des budgetierten Defizits und der strukturellen Fehlbeträge im Finanzplan empfohlen, sich bei der Erarbeitung eines Sparpakets von externen Fachpersonen unterstützen zu lassen. Mit dem Bericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist der Stadtrat dieser Forderung nachgekommen, wenn auch etwas später als angekündigt. Die FGK betrachtet den Bericht als nützliches Arbeitsinstrument für den Budgetprozess der kommenden fünf Jahre. Dies heisst nicht, dass die FGK sämtliche vorgeschlagenen Massnahmen gutheisst oder sich einzig auf die im Bericht beschriebenen Handlungsfelder beschränken möchte.

Das Defizit im Voranschlag 2015 beträgt 1.188 Mio. Franken. Darin enthalten sind allerdings ausserordentliche Erträge in der Höhe von 1.1 Mio. Franken für den Verkauf des Sonnenblumenhauses. Dieses Geschäft muss jedoch zuerst noch vom Parlament beraten werden. Ohne diesen ausserordentlichen Ertrag läge das Defizit für 2015 folglich bei rund 2.3 Mio. Franken. Auch die Hochrechnung für das laufende Jahr 2014 sieht nicht gut aus. Laut Stadtrat übersteigt der Aufwandüberschuss die 2-Millionen-Marke und liegt damit ca. 1.1 Mio. Franken höher als budgetiert. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der ausserordentliche Ertrag durch den Verkauf des Hamel-Gebäudes noch in diesem Jahr verbucht werden kann. Es ist klar, mittelfristig spielt es keine Rolle, ob der Hamel-Verkauf nun im 2014 oder im 2015 rechnungswirksam wird. Klar ist aber auch, dass sich das kumulierte Defizit der Jahre 2013-2015 auf rund 5.5 Mio. Franken beläuft, falls der Verkauf des Sonnenblumenhauses nicht zustande kommt.

Die grösste Herausforderung für die städtischen Finanzen sind bekanntlich die wachsenden Ausgaben im Bereich der Sozialen Wohlfahrt. Auch im Voranschlag 2015 sind sie nochmals Fr. 225'200.-- höher als im Voranschlag 2014. Basierend auf der Hochrechnung 2014, die bei der öffentlichen Sozialhilfe eine Zunahme von Fr. 650'000.-- gegenüber dem Voranschlag 2014 vorsieht, muss davon ausgegangen werden, dass die Kosten für die Soziale Wohlfahrt für das kommende Jahr erneut zu tief budgetiert wurden. Die Zunahme beim Lastenausgleich von Fr. 300'000.-- gegenüber Vorjahr vermag diese unerfreuliche Entwicklung nicht zu stoppen.

Die Steuereinnahmen steigen im Budget 2015 zwar weiterhin an, jedoch nicht mehr im gleichen Verhältnis wie in den Vorjahren. Laut Hochrechnung wird der budgetierte Wert für 2014 um ca. Fr. 350'000.-- unterschritten. Bei den Gemeindesteuern sind die Erträge im Budget 2015 um Fr. 442'000.-- höher als im Voranschlag 2014. Demgegenüber reduziert sich der Finanzausgleich vom Kanton um insgesamt Fr. 400'000.--, dies trotz des erhöhten Beitrages für besondere Belastungen.

Steigende Sozialausgaben, ungewisse ausserordentliche Erträge, abgeschwächtes Steuerwachstum sowie hohe Investitionslast und strukturelle Defizite im Finanzplan bei geringem Eigenkapital, kurz: die finanziellen Aussichten der Stadt Arbon sind düster. Aus diesem Grund ist die FGK bestrebt, sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Defizit zu verringern. Die FGK ist der Ansicht, dass es zusätzlicher Sparanstrengungen bedarf und dafür alle ihren Beitrag leisten sollen. Wie sie dem Bericht entnehmen können, werde ich im Namen der Kommission daher in der Detailberatung zahlreiche Anträge stellen, welche das Defizit in der laufenden Rechnung um knapp Fr 300'000.-- verringern. Bei der Investitionsrechnung beschränkt sich die FGK auf einen einzigen Kürzungsantrag, zumal die budgetierten Investitionen verglichen mit den Budgetwerten der Vorjahre sowie der Planjahre gering sind und als notwendig erachtet werden. Die FGK begrüsst es, dass der Stadtrat die Investitionskosten nun mit einem realistischen Wert budgetiert, nachdem in der Vergangenheit jeweils viel weniger umgesetzt werden konnte als geplant war.

Beim Personalaufwand in der Laufenden Rechnung wurde auf Anträge zur Streichung von geplanten Stellen respektive von Besoldungskosten verzichtet. Es wäre aus FGK-Sicht aber erforderlich, die Mutationen im Personaletat in Zukunft transparenter aufzuzeigen. Nach wie vor fehlt im Budget eine Übersicht des geplanten Personalbestandes pro Abteilung, aus der ersichtlich wird, welche Stellen unterjährig bereits vom Stadtrat bewilligt wurden und wo es sich um Veränderungen gegenüber dem IST-Zustand handelt. Die FGK ist zudem der Ansicht, dass der Personalaufwand nicht zulasten von Mehrausgaben durch Dienstleistungen Dritter reduziert werden darf. Die Auslagerungen von Aufgaben an Dritte machen keinen Sinn, wenn sie durch eigenes Personal kostengünstiger erbracht werden könnten.

Die FGK empfiehlt ihnen, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, den Voranschlag nach Änderungen anzunehmen und den Investitionsplan zu genehmigen.

Ich möchte mich im Namen der FGK beim Stadtrat, den Abteilungsleitenden und den Mitarbeitenden der Verwaltung für die wertvolle Arbeit bedanken. Meinen Kommissionskolleginnen und -kollegen danke ich für die konstruktive Zusammenarbeit und die angeregten Diskussionen. Ein spezieller Dank gilt wiederum Mischa Vonlanthen für seine unermüdliche Unterstützung.

Präsidentin Christine Schuhwerk: (*Eintreffen von Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso um 18.35*) Wir sind nun komplett, Total sind 28 Mitglieder, das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen.

Philipp Hofer, CVP/EVP: Wir haben es bereits gehört, die Aussichten für die Arboner Finanzen bleiben angespannt. Ein prognostizierter Aufwandüberschuss von mehr als 2 Mio. Franken in der laufenden Rechnung, ein prognostiziertes Defizit in Millionenhöhe im Voranschlag 2015 sowie eine weitere geplante Erhöhung der Verschuldung um rund 36 Mio. Franken in den nächsten Jahren. Gleichzeitig wird einmal mehr Arboner Inventar verkauft und dadurch unser Finanzhaushalt einigermassen ausgeglichen gehalten.

Parallel dazu ist die Entwicklung der Finanzlage der SSG Arbon nach der jüngsten Abstimmung nach wie vor besorgniserregend und die PSG Arbon prognostiziert in ihrem Finanzplan für das Budget 2015 ebenfalls einen starken Anstieg der Verschuldung in den nächsten Jahren. Um es kurz auszudrücken: Die Arboner Finanzen sind gesamthaft düster, Strategien für eine finanzielle Besserung nur bedingt erkennbar.

Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und der FGK für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2015. Besonders positiv erscheint aus Sicht der CVP/EVP-Fraktion in diesem Jahr die Kategorisierung der einzelnen Aufwände und Erträge nach ihrer Beeinflussbarkeit. Zusammen mit dem Bericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung haben wir heute eine ideale Ausgangslage, uns zielführend und effizient über einzelne erfolgswirksame Entlastungsmassnahmen für den Voranschlag 2015 zu unterhalten. Es muss jedoch gesamthaft festgehalten werden, dass es effektiv schwierig ist, nachhaltig zu sparen, ohne unnötige, irreparable Einbussen an gut funktionierenden Infrastrukturen und gesellschaftlichen Angeboten zu verursachen. Die CVP/EVP-Fraktion wird in der Detailberatung verschiedene Anträge, teils auch gegen die Meinung der FGK, dem Parlament vorschlagen.

Cyrill Stadler, FDP: In der FDP-Fraktion haben wir das Budget eingehend diskutiert und anschliessend auch in der FGK unsere Positionen eingebracht. Sparen wollen häufig alle, nur eben am liebsten am anderen Ort und nicht bei sich selbst. Wir haben die Diskussion in der FGK als sehr entspannt und konstruktiv empfunden. Wir können die meisten Anträge aus der FGK eins zu eins unterstützen, und glauben, dass da auf einer konstruktiven Basis gute Sparvorschläge diskutiert wurden, die wir in einer Situation, wie wir bei meinen Vorrednern gehört haben, mit strukturellem Defizit, langanhaltenden Defiziten über mehrere Jahre eben auch wirklich brauchen.

Wir brauchen diese Sparvorschläge, wir müssen Positionen anschauen dürfen, es soll eine Diskussion darüber stattfinden, so wie das in der FGK stattgefunden hat. Da kann ich wirklich nur sagen, das war sehr konstruktiv, Lukas Graf hat uns da sehr gut durchgeführt. Zusätzlich konnten wir auch neu auf diese verschiedenen Bezeichnungen in den Budgetpositionen, was ist wirklich beeinflussbar, was ist gesetzlich gegeben und eben nicht beeinflussbar, zurückgreifen. Da hat Mischa Vonlanthen diese Zusatzinformationen eingefügt ins Budget. Es war eine sehr konstruktive Diskussion, und ich hoffe, dass wir diese gut Fr. 300'000.--, die wir da noch zusätzlich Sparpotential gefunden haben, heute Abend auch durchbringen und das ebenso konstruktiv zu- und hergeht, wie das in der FGK vonstatten gegangen ist.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich danke meinem Vorredner Cyrill Stadler, dass er sich kurz gehalten hat, das gibt mir Gelegenheit, etwas ausführlicher zu werden. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Stadtpräsident, wird das wohl bald so heissen, sehr geehrte Stadträte, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher. Erlauben sie mir heute ausnahmsweise wieder einmal eine ausführlichere Begrüssung, das Thema verlangt entsprechende Aufmerksamkeit.

Die SVP-Fraktion bedankt sich bei Stadtrat und Abteilungsleitern für die Erstellung des Voranschlags. Im Speziellen bedanken wir uns bei Mischa Vonlanthen für seine aktive Unterstützung als "Finanzjongleur" der Stadt Arbon.

Persönlich bedanke ich mich bei Lukas Graf, dem Präsidenten der FGK, sowie bei meinen Kommissionsmitgliedern. Cyrill Stadler hat es erwähnt, einmal mehr hat diese Kommission bewiesen, dass bei so wichtigen Geschäften wie dem Voranschlag die Sachpolitik mehr als die Parteipolitik im Vordergrund stehen muss.

Meine Aussagen in den letzten Jahren waren:

- Ende der Fahnenstange
- Das Fallobst ist aufgelesen
- Die Vorratskammer haben wir letztes Jahr geleert
- Das Eingemachte ist aufgegessen

Selbst unser Stadtoberhaupt hat im Zusammenhang mit der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung selber gesagt, die tiefen Früchte sind bereits gepflückt. So stehe ich also nun vor ihnen und soll als Sprecher der SVP Fraktion über den vorliegenden Voranschlag debattieren. Kein einfaches Unterfangen, zumal meine persönliche Einstellung sich nur teilweise mit der Meinung einer grossen Mehrheit der Fraktion deckt. Keine Angst, das wird keine persönliche Wahlpropaganda, denn ich werde mich nicht mehr für Neuwahlen zur Verfügung stellen. Die Zahlen sprechen zum Glück eine eigene Sprache und zu guter Letzt kommt es auch nicht darauf an, was wir „Volksvertreter“ zu glauben meinen. Das Volk spricht seine eigene Sprache, siehe das Abstimmungswochenende der letzten Woche, und das ist auch richtig so.

Aus dem Bericht der FGK entnehmen wir:

Der Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung beträgt 1.188 Mio. Franken und ist somit um 304'100 Franken höher als das Defizit im Voranschlag 2014 nach den Änderungen durch das Parlament. Mittlerweile wissen wir auch, dass der Verkauf des Hamel-Gebäudes nicht mehr in diese Rechnung einfließen wird und wir somit mit einem Defizit von rund 3 Mio. Franken rechnen müssen. Immerhin können wir dann unsere Zahlung an die Genossenschaft Sonnhalde gleich mit dem Hamel-Verkauf verrechnen. Dass der Voranschlag 2015 mit einem geplanten Verkauf des Sonnenblumenhauses in der Höhe von 1.1 Mio. Franken versucht wird zu „beschönigen“, damit wird wohl eine Mehrheit im Parlament nicht einverstanden sein.

Auf der Einnahmenseite setzt sich immerhin die erfreuliche Entwicklung der Steuereinnahmen fort. Aber auch nicht mehr im gleichen Tempo wie in den Vorjahren. Entsprechend wirkt sich die Entwicklung der Steuern auch auf den kantonalen Finanzausgleich aus. Im Voranschlag kann die Stadt nur noch mit dem gesetzlich möglichen Minimalbeitrag von Fr. 210'000.-- rechnen. Dies entspricht, wir entnehmen es der FGK, nur noch knapp einem Fünftel des Beitrages, der noch im Jahr 2013 ausbezahlt wurde. Beim Lastenausgleich für die Sozialkosten ist nur der Maximalbetrag von 1.2 Mio. Franken budgetiert, das bei einem Nettoaufwand von 8.1 Mio. Franken. Den Sozialhilfeempfängern können wir aber auch nicht sagen, dass wir alles ausgegeben haben und nun die Kasse leer ist.

Wenn wir dann noch hören, dass die Stadt für die bevorstehenden Investitionen in den Planjahren 2016 – 2020 rund 36 Mio. Franken Fremdkapital aufnehmen muss, dann helfen uns auch die vielgepriesenen 2 Mio. Franken Sparmassnahmen gemäss Leistungsüberprüfung LÜP nichts mehr. Wenigstens versucht der Stadtrat bereits im diesjährigen Voranschlag einzelne Positionen von der LÜP einzubauen. Die Vereine bedanken sich. Und immerhin freut es mich, wenn ich zukünftig vom Stadtrat höre, dass dieses „Werkzeug“ ein fester Bestandteil jeder Stadtratssitzung ist oder mindestens noch wird. Auch die Printmedien berichten gerne, wenn es zukünftig heisst „der Stadtrat hat an seiner letzten Sitzung.....“.

Über den fehlenden Sparwillen vom Stadtrat mag ich schon gar nicht mehr sprechen. Sonst hätten wohl weder die FGK noch die Fraktionen heute Abend noch zusätzliche Anträge formulieren können. Auch wenn es teilweise nur kleinere Beträge sind, meine Herren Stadträte, auch Kleinvieh macht Mist. Es ist auch müssig den Stadtrat erneut darauf hinzuweisen, dass das Geld mehr als nur knapp ist und er dann doch wieder bereit ist, viel Geld für externe Studien, fragwürdige Abklärungen bei Volkinitiativen und ansehnliche Honorare wie im Zusammenhang mit dem Gastro-Konzept auszugeben. Auch in diesem Voranschlag musste ich erneut feststellen, dass der Stadtrat Positionen nicht mehr einzeln ausweist (siehe Beispiel Gastro-Konzept). Es ist doch toll, wenn man diese Ausgaben auf so viele Kontopositionen verteilen kann.

Zu den Sozialkosten:

Wären die Sozialkosten nicht so "aus dem Ruder gelaufen", könnten wir uns eventuell über einen ausgeglichenen Voranschlag unterhalten und könnten JA zur aktuellen Entwicklung sagen. Aber auch hier ist uns der Stadtrat bis heute den Beweis schuldig geblieben, dass man nicht (mehr) sparen kann. Vergleichbare Gemeinden machen es uns doch vor. Vielmehr wehren sich sogar Abteilungsleiter gegen gewisse Sparmassnahmen, welche vom Stadtrat selber in die LÜP aufgenommen wurden.

Der Vorstoss vom Stadtrat, dass unsere Parlaments-Kantonsräte in Frauenfeld geschickt werden, um ihren Einfluss geltend zu machen, die Sozialhilfekosten kantonsweit besser zu verteilen, könnte vielleicht ein richtiger Ansatz sein. Aber erste Stimmen von den Angesprochenen versprechen leider auch hier wenig Hoffnung. Persönlich bin ich der Meinung, dass wir an einem Punkt angelangt sind, wo es ohne kantonale, politische Vorstösse nicht mehr weitergehen kann. Und solange es in Arbon weiterhin günstigen Wohnraum gibt und der hartnäckige Ruf bleibt, dass man hier das Geld vielleicht einfacher bekommt als in anderen Kantonen bzw. Gemeinden (eine Aussage von neu zugezogenen Sozialhilfeempfängern aus dem Kanton St. Gallen), wird sich wohl nicht viel ändern.

Allerdings, meine Damen und Herren, liebe Besucherinnen und liebe Besucher, müssen wir uns überhaupt keine Gedanken und Sorgen machen. Unser „Finanzminister“ Patrick Hug fühlt sich nämlich, auf meine Frage hin, beim stadträtlichen Voranschlag auch ohne Steuererhöhung immer noch wohl.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen vom Arboner Stadtparlament, sparen tut weh und sparen muss weh tun. Ich bitte sie deshalb persönlich, nicht im Namen der SVP-Fraktion, allen Anträgen der FGK zuzustimmen. Versuchen sie bitte nicht, beantragte Einsparungen zu einer Alibiübung zu reduzieren oder gar abzulehnen. Setzen sie für das Stimmvolk ein Zeichen, dass auch Volksvertreter bereit sind, ihren Sparbeitrag zu leisten, das gilt auch für den Gesamtstadtrat. Ein zusätzliches Zeichen von unserem Stadtoberhaupt würde ebenfalls dazu beitragen.

Die SVP-Fraktion steht grossmehrheitlich hinter dem Bericht der FGK.

Sie wird sich in der Detailberatung noch zu einzelnen Positionen melden, behält sich aber vor, je nach Ausgang der Sparbemühungen den Voranschlag auch abzulehnen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Bitte entschuldigen sie zunächst meine Verspätung, und das an meiner letzten Budgetsitzung, die ich eigentlich in vollen Zügen von Anfang an bis zum Schluss genossen hätte. Dann möchte ich mich dem Dank an die FGK, besonders aber auch an Mischa Vonlanthen anschliessen, so wie es mein Vorredner schon getan hat.

Die Fraktion der SP, Gewerkschaften und Juso hat das Budget der Stadt Arbon eingehend studiert. Die Gesamtbewertung ist eindeutig: Sowohl die laufende Rechnung als auch das Budget sehen schlecht aus und auch die Zukunft sieht alles andere als rosig aus. Nur ausserordentliche Erträge wie der Verkauf des Hamel-Gebäudes oder der allfällige Verkauf des Sonnenblumenhauses lassen das Budget, bzw. die Rechnung noch einigermaßen erträglich aussehen. Fallen diese weg und die Sozialkosten schlagen richtig durch, dann sieht es nicht nur schlecht, sondern sehr schlecht aus. Wenn wir so weiterfahren, dann ist unser Eigenkapital in kürzester Zeit aufgebraucht.

Klar ist auch: Langfristig können wir das Budget nicht mit einmaligen Einnahmen aus Verkäufen sanieren. Eine Steuererhöhung steht zurzeit auch nicht zur Diskussion und hätte bei einer Abstimmung sowieso keine Chancen, wie die Abstimmung der Sekundarschule eindrücklich gezeigt hat. Die Belastungen an Abschreibungen und der Investitionsbedarf werden auch in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben. Das ist der Preis dafür, wenn man wachsen will. und auch die Kosten im Sozialbereich sind für das nächste Jahr eher defensiv budgetiert. Es besteht die Gefahr, dass sie erneut höher ausfallen werden.

Die Aufgabe des Stadtrates ist sicher nicht einfach, aber es ist seine Aufgabe, diese zu lösen. Er muss mittelfristig Ausgaben und Einnahmen in ein Gleichgewicht bringen, ohne einmalige Verkäufe und ohne Steuererhöhung. Dies kann selbst bei steigenden Steuererträgen nur geschehen, wenn die Ausgaben plafoniert und wenn möglich gesenkt werden.

Mit seinem Budgetvorschlag für 2015 und auch mit seiner Aufgaben- und Leistungsüberprüfung ist es dem Stadtrat noch nicht gelungen zu zeigen, wie er die Stadtkasse mittelfristig ins Gleichgewicht bringen will. Über das Ergebnis, bzw. über die einzelnen Massnahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung lässt sich streiten. Klar ist jedoch, dass einzelne vorgeschlagene Massnahmen, wir denken hier z.B. ans Schloss, Seeparksaal oder Pflegeheim, mehr als vage und fragwürdig sind und von unserer Fraktion daher auch abgelehnt werden.

Insgesamt meinen wir, dass der Stadtrat sich zu einseitig auf Sparmassnahmen bei Leistungen gegen aussen konzentriert hat und das verwaltungsinterne Potential zu wenig ausgeschöpft hat. Die FGK hat diese Problematik erkannt und eine erste Korrektur angebracht, indem sie weitergehende Vorschläge gebracht hat. Die FGK hat mit ihren Vorschlägen ein Zeichen gesendet und es ist höchste Zeit, zu handeln, wenn uns nicht das gleiche Schicksal wie die Sekundarschulgemeinde ereilen soll.

Bei alledem muss aufgepasst werden, dass nicht wertvolle Einrichtungen oder Institutionen, deren Leistungen nicht nur mit Geld auszudrücken sind, abgewürgt werden und der Schaden schliesslich viel grösser ist. Hier müsste vor allem der Stadtrat überlegter ans Werk gehen. Die FGK hat daher berechtigterweise das Budget um fast Fr. 300'000.-- verbessert.

Die Fraktion der SP, Gewerkschaften und Juso ist der Meinung, dass die FGK damit den richtigen Weg eingeschlagen hat. Wir werden in der Detailberatung einige Anträge unterstützen, aber auch Änderungsanträge sowie neue Anträge stellen. Unsere Anträge gehen insgesamt über diejenigen der FGK hinaus, und entlasten das Budget um Fr. 350'000 wiederkehrend. Zusätzlich werden wir insbesondere im Strassenbau, bzw. in der Strassenkosmetik kürzen.

Mit Unbehagen stellt unsere Fraktion zudem fest, dass im Verlaufe des Jahres durch den Stadtrat immer wieder Stellen geschaffen werden und er damit das Parlament vor vollendete Tatsachen stellt. Es ist für das Parlament kaum möglich, hier Einfluss zu nehmen, und es ist auch nicht Sache des Parlaments, in die Personalpolitik einzugreifen. Wir sehen es in der Verantwortung des Stadtrats, die Personalausgaben für die nächsten Jahre zu plafonieren und angesichts der angespannten Finanzsituation nicht jährlich den Stellenetat auszubauen. Was wir gar nicht verstehen ist, wenn Stellen nicht mehr besetzt werden und die Aufgaben an Private vergeben werden zu Kosten, die weit höher liegen.

Zusammenfassung: Aus Sicht der Fraktion der SP und Gewerkschaften ist es dem Stadtrat nicht gelungen, ein Budget vorzulegen, das dem Ernst der Lage gerecht wird. Insbesondere die Zukunftsperspektiven beruhen noch auf dem Prinzip Hoffnung. Unsere Fraktion ist daher mit dem Vorgehen der FGK einverstanden, weitere Sparmassnahmen vorzunehmen. Wir werden aber einige Änderungsanträge vornehmen und zusätzliche Sparmassnahmen beantragen. Vom Stadtrat erwarten wir, dass er sehr bald auch die verwaltungsinternen Kostenentwicklungen beachtet und diese in den Griff bekommt, bevor er Institutionen und Errungenschaften unserer Stadt mit Sparmassnahmen in ihrer Existenz bedroht.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich möchte ihnen für ihre Voten zum Eintreten danken. Ein grosser Dank gilt einmal mehr der FGK für die konstruktive Zusammenarbeit.

Steigende Ausgaben in der öffentlichen Sozialhilfe, wir haben es gehört, und weiterhin hohe, im Vergleich zum Vorjahr aber doch gesunkene Investitionskosten führen im Budget 2015 zu einem Fehlbetrag von knapp 1,2 Mio. Franken, Fr. 304'000.-- mehr als im Budget 2014, aber doch immerhin Fr. 120'000.-- weniger als in der Rechnung 2013.

Auf der Einnahmenseite werden die weiterhin erfreulich steigenden Steuereinnahmen durch den aufgrund der steigenden Steuerkraft stark gesunkenen Ressourcenausgleich des Kantons getrübt: Konnten hierfür im Budget 2014 noch Fr. 860'000.-- eingesetzt werden, so sind es im nächsten Jahr Fr. 650'000.-- weniger, nämlich faktisch nur noch der Minimalausgleich von Fr. 210'000.-- für eine Zentrumsgemeinde.

Auf der anderen Seite ist der Ausgleich für die steigenden Sozialhilfeausgaben limitiert: Mit 1,2 Mio. Franken haben wir den Maximalbetrag gemäss Verordnung zum kantonalen Sozialhilfegesetz eingesetzt. Der Arboner Stadtrat ist diesbezüglich aber nicht untätig geblieben und hat beim Kanton für die Jahre 2012 bis 2015 ausserordentliche Finanzausgleichsbeträge von insgesamt Fr. 940'000.-- erreicht. Auch die Arboner Kantonsräte sind kürzlich zu einem runden Tisch zusammengekommen, um Strategien zu besprechen, wie den steigenden Ausgaben in der öffentlichen Sozialhilfe begegnet werden könnte, beispielsweise durch einen faireren Lastenausgleich.

Aufgrund der stark gestiegenen Sozialhilfeausgaben wird die Rechnung 2014 wesentlich schlechter als der budgetierte Fehlbetrag von Fr. 884'000.-- abschliessen. Das Defizit dürfte gegen 2 Mio. Franken betragen. Der Stadtrat wird deshalb alles daran setzen, dass der Hamel-Verkauf noch in diesem Jahr rechnungswirksam wird, ansonsten der Fehlbetrag bis gegen 3 Mio. Franken ansteigen könnte. Wir sind gegenwärtig auf ausserordentliche Einnahmen angewiesen, dies ist richtig, Bernhard Bertelmann, wie übrigens auch der Kanton mit Nationalbankausschüttung und TKB-PS-Verkauf. Ich bitte sie deshalb bereits an dieser Stelle und werde in der Detailberatung noch einmal darauf zurückkommen: Belassen sie die Position „Sonnenblumenhaus“ im Budget 2015, um damit dem Stadtrat, der vorberatenden parlamentarischen Kommission und schliesslich auch ihnen, dem Parlament selber, einen möglichst grossen Handlungsspielraum offen zu halten. Das Budgetdefizit würde sonst auf 2,3 Mio. Franken steigen, FGK-Präsident Lukas Graf hat es bereits erwähnt.

Sorgen bereitet dem Stadtrat die sinkende Eigenkapitaldecke von momentan noch 6,1 Mio. Franken. Andererseits verfügt die Stadt aber immer noch über stattliche Vermögenswerte. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle die Beteiligung an der ABV Liegenschaften AG erwähnen, welche der Stadtrat in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung auf „grün“, also möglicher Verkauf, gestellt hat. Diese Beteiligung haben wir mit 1,5 Mio. Franken in den Büchern, der Steuerwert beträgt aber über 4 Mio. Franken und der effektive innere Wert liegt noch einmal deutlich höher.

Ein Blick in die weitere finanzielle Zukunft der Stadt lässt eine Entspannung in der Haushaltsituation erwarten, rechnet der Finanzplan 2016-2018 doch mit sinkenden Defiziten. Überdies sind die Ergebnisse aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung noch mit keinem Franken im Finanzplan enthalten, da der Stadtrat zuerst die Beratungen des Stadtparlaments Ende Oktober abwarten wollte, das Budget 2015 mit Finanzplan 2016-2018 aber bereits Mitte September verabschiedet wurde.

Noch eine Bemerkung zu Hanspeter Belloni: Ich fühle mich angesichts der aktuellen Finanzlage der Stadt Arbon nicht wohl, und hier halte ich es aber mit Bernhard Bertelmann: Die Arboner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen keine Steuerfusserhöhung. Dies zumindest hat das Nein zur Erhöhung des Steuerfusses der Sekundarschulgemeinde Arbon klar gezeigt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind weitere Wortmeldungen? Damit ist die Eintretensdebatte geschlossen. Wir kommen nun zur Detailberatung der Laufenden Rechnung.

Detailberatung:

Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde.

1.) Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitglieds abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.

2.) Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.

3.) Unbestrittene Korrekturen seitens Stadtrat: Wenn seitens Stadtrat Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.

4.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

5.) Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück, wird er hinfällig und wir müssen darüber nicht abstimmen.

Laufende Rechnung

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich werde ihnen die funktionalen Hauptbereiche und die dazugehörenden Gruppen, die fettgedruckt sind, lesen und dann eine Pause machen, um zu sehen, wer etwas sagen will. Bei Wortmeldungen bitte ich sie, immer auch die Kontonummer zu nennen.

Die Detailberatung ist eröffnet:

Monika Strauss, SVP: Zum Gastrokonzept auf Seite 7 des Kommissionsberichtes der FGK, Budget 2015, habe ich Verständigungsfragen an den Stadtrat. Da es unter keiner Kontonummer verbucht ist, möchte ich diese Fragen vor der Detailberatung stellen:

- Unter welcher Kontonummer wurde das Kostendach von Fr. 100'000.-- verbucht?
- Wurde schon ein Erfolgshonorar von fünf Netto-Monatsmieten ausbezahlt, und wenn ja, unter welcher Kontonummer und für welches Gastrolokal?
- Werden die Erfolgshonorare der fünf Netto-Mieten auch an die Firma Awit ausbezahlt, wenn der bisherige Mieter das Geschäft weiterführt oder erfolgt diese Auszahlung des Erfolgshonorars nur bei neuen Mietern?
- Wurden für die Projektstufe 1 - 4 mit Kostenumfang von Fr 24'500.-- auch schon finanzielle Ausgaben getätigt und wenn ja, unter welchem Konto finde ich diese? Dieselben Fragen auch für die Projektstufe 5 - 8.
- Welche Firmen ausser Awit wurden noch angefragt für das Ausarbeiten dieses "Gastro-Konzepts"?
- Aus welchen Gründen wurde an die Firma Awit das "Gastro-Konzept Arbon" vergeben und welche Vorteile hat die Awit, die andere nicht haben?
- Warum werden die eingehenden Gesuche für das „Gastro-Konzept“ von der externen Firma Awit ausgewertet und nicht vom zuständigen Stadtrat und dem Ressort Bau?

Stadtammann Andreas Balg: Gerne antworte ich zu Frage eins und zwei und vier an der jetzigen Stelle. Die Fragen drei, fünf und sieben, welche nicht budgetrelevant sind, diese beantworte ich gerne in der Fragerunde. So können wir uns auf die wesentlichen Themen im Budget konzentrieren.

Zu den Fragen eins und zwei: Hier geht es um das Erfolgshonorar und wie es dann verrechnet wird. Das Erfolgshonorar wird bei erfolgreicher Vertragsunterzeichnung fällig und wird dann auf die betroffenen Bereiche Schloss, Strandbad, Panorama, Hafenkiosk, Camping und Badikiosk verbucht.

Zu Frage vier

Die Projekt-Stufen 1-4, sprich Analyse, Vorprojekt und Gastro-Konzept, wurden mit Fr. 24'500.-- veranschlagt. Diese Leistungen wurden bestens erbracht, die Zahlung ausgelöst und verteilt auf die sechs betroffenen Bereiche, wie vorher schon erwähnt, verbucht. Projekt-Stufe 5-7 werden gemäss Erfolgshonorar vergütet, also dann, wenn der Erfolg eingetreten ist. Die Projekt-Stufe 8, die Verträge, werden nach Aufwand verrechnet.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zum Voranschlag 2015.

Voranschlag 2015: Seite 1 bis Seite 16

Elisabeth Tobler, SVP: Ich spreche zu Seite 10, Personalaufwand. Wir haben in der FGK gesehen, dass hier Stellen herumgeschoben wurden, 1013.3010 Besoldungen Parlament, 1020.3010 Besoldungen Gemeindeverwaltung und 1103.3010 Schlichtungsstelle. Das gibt insgesamt ein Plus von Fr. 57'800.--. Ich wollte dies anmerken. Es ist relativ schwierig, wenn die Stellen immer wieder von einem Bereich in den anderen verschoben werden, für uns nachzuvollziehen, was war wirklich und wieviel höher. Ich möchte hier einfach anmerken, dass ich vom Stadtrat erwarte, dass er die Führungsaufgabe wahrnimmt und auch intern Sparen angesagt sein sollte.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich möchte auch zu Seite 10 folgendes sprechen und da einen Vorschlag der CVP/EVP einbringen. Es ist, wie man sagen kann, alle Jahre wieder, der FGK-Präsident hat es schon angetönt. Es sind wenige Informationen, die SVP hat es ein bisschen deutlicher gesagt, man soll plafonieren, man ist unzufrieden. Es wird nun seit Jahren reklamiert, dass hier so wenig Informationen abgegeben werden. Immerhin sprechen wir von rund 12 Mio. Franken. Wir sprechen von Leistungen, die die Stadt Arbon bringt, die kann man nicht einschätzen. Also hier wären mehr Informationen tatsächlich am Platz, weil wir nicht so optimistisch sind. Damit das angebracht wird, schlagen wir der FGK vor, dass eine Subkommission Personal gegründet wird, die diesen Fragen konkret nachgeht, dass damit der nächsten Rechnung, spätestens beim Budget, dann mehr Zahlen vorliegen und man dann wirklich griffiger diskutieren kann.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich habe gedacht, dass wir Seite um Seite von 1 bis 16 durchgehen. Vielleicht greife ich vor, habe aber eine Bemerkung zu 11 Personalaufwand, bzw. Seite 10. Meine Vorrednerin, Elisabeth Tobler, hat es erwähnt. Auf Seite 10 sehen sie im Prinzip, dass Stadtkanzlei und Stabstellen um rund 30 Stellenprozente gegenüber dem Voranschlag 2014 reduziert wurden, aber eben nur auf den ersten Blick, weil Herr Stojkovic mit seinem 100-Prozent Job von der Abteilung Stadtkanzlei in die Stabstelle Stadtmann wechselt. Befristet wird eine bewilligte Aufstockung - Stellenprozente von 20 Prozent in der Abteilung Stadtkanzlei, und die juristische Mitarbeiterin reduziert ihr Pensum von 80 auf 70 Prozent. Entsprechend, oder richtigerweise ist es jetzt so, dass hier eine 50 Prozent-Stelle für Wirtschaftsförderung gemäss Stadtratsbeschluss geschaffen wurde.

Die juristische Mitarbeiterin hat ihr Pensum, wie erwähnt, von 80 auf 70 Stellen-Prozent reduziert, und von diesen 70 gehen neu 15 Prozent zu Lasten Stadtparlament, das heisst es ist in Wirklichkeit eher ein Plus von 25 Prozent. Im Parlament wurde bereits einmal über die neugeschaffene Stelle debattiert. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor gegen die Schaffung dieser Stelle und wird deshalb später beim Konto 1020.3010 einen Antrag vorbringen und ihn auch begründen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur laufenden Rechnung.

Seite 1 von 32:

10 Allgemeine Verwaltung

Stadtmann Andreas Balg: Wie am 11. November 2014 bereits publik gemacht, beantragt der Stadtrat hier die Aufnahme von Fr. 55'000.-- für die Übernahme der Verteilkosten des amtlichen Publikationsorgan, „felix“ - die Zeitung, zu Lasten des neugeschaffenen Kontos 1011.3181 ins Budget 2015.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Genau dazu wollte ich etwas sagen und darum habe ich dem Stadtrat den Vorrang gegeben. Ich möchte dem Stadtrat danken, dass er die Verhandlungen mit dem „felix“ zu einem positiven Abschluss gebracht hat, und nach einigem Zögern jetzt diesem Beitrag an die Versandkosten zugestimmt hat.

://: Dem Antrag des Stadtrats um Aufnahme zu Lasten des neugeschaffenen Kontos 1011.3181 von Fr. 55'000.-- zur Übernahme der Verteilkosten von „felix“ die Zeitung, wird einstimmig zugestimmt.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1012.3002 Besoldung Stadtrat: Die FGK ist der Ansicht, dass auch der Stadtrat ein paar Anstrengungen mittragen sollte und beantragt ihnen, die Besoldungskosten um Fr. 26'100.-- zu kürzen. Dies entspricht 50 Prozent der Sitzungsgelder der Stadträte. Der Antrag ist in Kombination mit dem noch folgenden Antrag beim Stadtparlament zu verstehen.

Roman Buff, CVP/EVP: Die Idee der FGK, dass alle und somit auch der Stadtrat zu den Sparanstrengungen etwas beitragen sollen, ist auf den ersten Blick löblich, aber dennoch abzulehnen. Die fixen Lohnkosten und Sitzungsgelder wurden vom Parlament nach einer Lohn-Vorlage mit Kommission 2012 genehmigt und können somit vom Parlament nicht einfach auf dem Budgetweg reduziert werden.

Selbst wenn das so möglich wäre, lehnen wir das vehement ab: Sitzungsgelder sind Bestandteil der ganzen finanziellen Entschädigung des Stadtrats. Diese sind hauptberuflich anderswo tätig und müssen, um dieses Amt ausführen zu können (es handelt sich immerhin um ein 30 Prozent-Pensum) das Pensum in ihrem Hauptberuf reduzieren, mit entsprechender Lohnreduktion. In Klammern ist nicht einzusehen, warum denn auch der Stadtmann nicht etwas zu diesen Sparanstrengungen beitragen soll, aber das nur nebenbei. Wichtigstes Argument aber finden wir, dass die Entschädigung der Stadträte etwas mit Wertschätzung von deren Exekutiv-Arbeit zu tun hat. Und diese ist doch sehr anspruchsvoll und wird von den Stadträten mit bestem Wissen und Gewissen ausgeführt mit entsprechendem zeitlichem Aufwand in der Arbeit in den Kommissionen und Delegationen. Vorbereitung und Wegzeit bei auswärtiger Arbeit wird dabei nicht einmal entlohnt usw.

Der Antrag der CVP/EVP Fraktion lautet deshalb: Der Antrag der FGK auf Streichung der Sitzungsgelder der Stadträte um 50 Prozent = CHF 26'100.-- ist abzulehnen.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich folge dem Antrag, der gestellt wurde von der FGK, weil ich finde, dass der Stadtrat sowie das Parlament einen Beitrag, befristet auf ein Jahr, sicher leisten kann und auch sollte in meinen Augen. Die Stadträte haben ja bereits eine feste Entschädigung, da sollte eigentlich ein Beitrag drin liegen für die Rechnung.

Roman Buff, CVP/EVP: Elisabeth Tobler, ist das neu, dass es befristet ist für ein Jahr? Wir sind nicht im Kantonsrat.

Elisabeth Tobler, SVP: Roman Buff, wir beraten hier das Budget 2015, was 2016 ist, ist wieder eine andere Diskussion.

Riquet Heller, FDP: Nägel mit Köpfen können wir eh nicht machen. Wir haben verweigert, dass wir über den Beschluss diskutieren. Bis der im Stadtrat beraten ist, bei uns beraten ist, ist der Grossteil des Jahres 2015 durch. Demzufolge hat der Antrag der FGK rein deklaratorischen Charakter, nämlich, dass endlich etwas unternommen wird, dass dieses Reglement einmal angesehen wird und Anbetracht dessen, dass wir allen sonstigen Opfer abverlangen, meine ich, dass es auch Zeit ist, uns Opfer abzuverlangen. Natürlich ist die Arbeit des Stadtrates zu schätzen und zu wertschätzen. Ich meine auch Leistungen der kulturellen Institutionen sind zu wertschätzen und unsere Mitarbeiter und alle müssen Haare lassen Demzufolge finde ich es richtig, dass wenigstens heute, symbolisch, es wird ja nicht mehr viel bewirken, dass der Antrag der FGK gutgeheissen wird.

Roland Schöni, SVP: Das Sitzungsgeld des Stadtrats ist ein Lohnbestandteil und da können wir nicht einfach hingehen und die Hälfte streichen, sonst tun sie gar nichts mehr. Die FGK hat es gut gemeint, ist aber über das Ziel hinausgeschossen, so auch bei den Sitzungsgeldern des Stadtparlaments.

Was angehen könnte, wäre ein freiwilliger Verzicht, nicht aber eine von der FGK verordnete Lösung. Ich spreche hier auch über die Parlamentsentschädigungen.

Stadtmann Andreas Balg: Ich bin froh, dass ich auch noch etwas sagen kann. Ich bin ja angesprochen worden, ich bekomme ja kein Sitzungsgeld, egal wie lange es heute dauert. Das gibt für mich keine Änderung, aber ich kann für meine Kollegen sprechen.

Es ist klar und die Gemeindeordnung schreibt das auch vor, das Stadtparlament beschliesst die Besoldung, aber bitte über eine seriös vom Stadtrat vorbereitete Botschaft und nicht handstreichartig über das Budget ohne Detailkenntnisse der Sachlage.

Bitte bedenken sie

- dass sie mit der Höhe der Entschädigung auch die Auswahl geeigneter Interessenten beeinflussen,
- dass die Stadträte für die Ausübung dieses Amtes ihr Pensum im Hauptberuf anpassen müssen und damit auch Einschränkungen wahrnehmen müssen,
- dass mit der Entschädigung auch Wertschätzung verbunden ist,
- dass mit der Entschädigung lediglich ein Bruchteil des Gesamtaufwands gedeckt ist, oft ist das weniger als die Hälfte, und
- dass seit 2007 keine Anpassung mehr vorgenommen wurde.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag der FGK auf Streichung der Sitzungsgelder um 50 Prozent, Fr. 26'100.--, wird mit 12 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Elisabeth Tobler, SVP: 1012.3100, Bürobedarf, Inserate, Drucksachen: Hier wurde vermerkt: Legislaturprogramm und es sind neu jetzt Fr. 11'000.-- eingestellt und vorher waren es Fr. 5'242.--. Zu Position 1012.3180, Dienstleistung Dritter, auch hier Klausurtagungen Legislaturbeginn, Workshop Legislaturprogramm, das sind auch wieder Fr. 14'000.--. Da sind beide in der Rechnung 2013 mit Fr. 6900.-- abgerechnet worden, und jetzt sind Fr. 16'000.-- eingestellt. Ich denke, auch hier könnte man eine Klausurtagung, Workshop und so weiter schon etwas günstiger vornehmen, allenfalls im Büro bleiben und die Sachen direkt diskutieren, das kostet nicht so viel mehr.

Lukas Graf, Präsident FGK: 1012.3100, Bürobedarf, Inserate, Drucksachen gibt es auch einen Antrag der FGK. Wie sie dem Bericht entnehmen können hat sich die FGK beim Stadtrat erkundigt, ob es möglich wäre das Legislaturprogramm nur noch online zu publizieren, auch wenn es sich hier um einen sehr kleinen Betrag handelt, beantragt die FGK um Kürzung von Fr. 7'000.--. Beim Zahlenbericht handelt es sich um einen Fehler, es geht um Fr. 1'700.-- und nicht Fr. 1'300.-- für die Druckkosten des Legislaturprogramms.

Roman Buff, CVP/EVP: Unsere Fraktion lehnt diesen FGK-Antrag um Reduktion von CH 1'700.-- einstimmig ab. Dies benachteiligt ganz gezielt, aber unnötigerweise unsere ältere Bevölkerung, die noch auf Papier-Information angewiesen ist. Tun wir das unseren Seniorinnen und Senioren nicht auch noch an.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Dem Antrag der FGK, das Konto 1012.3100 um Fr. 1'700.-- zu kürzen, wird mit 18 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Lukas Graf, Präsident FGK: 1013.3000 Sitzungsgelder Parlament, Fraktionen, Büro: Wie angekündigt, beantragt die FGK-Kommission um eine Kürzung von Fr. 24'000.-- für die Sitzungsgelder für die Fraktionssitzungen. Die FGK ist überzeugt, dass auch wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Sparanstrengungen mittragen sollten.

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich glaube, mir muss man nicht erklären, was Solidarität ist. Wenn jemand nun der Meinung ist, dass wir Parlamentsmitglieder grösseres Ansehen haben, wenn wir bei dieser Sparübung solidarisch mitmachen, bin ich der Meinung, glaubt der noch an den Storch. Die jetzigen Entschädigungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für die Arbeit, die wir leisten, schon wenig. Ich verzichte darauf, euch einen Stundenlohn anzugeben, wenn alle und jede Minute aufgerechnet wird. Sparen ist gut – und was nichts kostet, ist nichts wert. Wir sind wertvoll für Arbon, ich meine, ich bin es. Ich beantrage daher, den FGK-Antrag abzulehnen.

Roman Buff, CVP/EVP: Auch diese Sparanstrengung lehnt unsere Fraktion ab. Diese Kürzung der Sitzungsgelder der Fraktionen setzt falsche Anreize für die Besetzung des Parlaments und hat ebenso etwas mit Wertschätzung unserer Fraktions-Arbeit zu tun. Zudem geben wir einen schönen Anteil dieser Entschädigung als Behördenanteil an die Partei ab, womit die Stadtparlamentswahlen alle vier Jahre finanziert werden.

Unser Antrag lautet deshalb: Die Streichung der Fraktionssitzungsgelder von total ca. Fr. 24'000.-- ist abzulehnen.

Roland Schöni, SVP: Die allermeisten hier im Parlament leisten gute bis sehr gute Arbeit. Was wir in erster Linie als Sparbeitrag einsetzen können, ist der mutige und der effiziente Wille zum Sparen und es auszuhalten, unbequeme und naheliegende Personenkreise zu enttäuschen, nicht indem wir einige Franken von uns in den Topf werfen, und andererseits mit beiden Händen Geld herausschöpfen für die unmöglichsten Ausgaben. Was hier vorgeschlagen wird, ist Augenwischerei, man will dem Stimmbürger Honig um den Mund schmieren. Es würde natürlich schön aussehen, wenn wir gross propagieren könnten, wie Stadtrat und Stadtparlament auch sparen, aber ist das auch wirklich sparen. Ja wahnsinnig grosszügig. Glauben sie wirklich, sie kommen mit solcher Kosmetik beim Steuerzahler durch? Verkaufen sie die Leute nicht für dumm. Glauben sie denn wirklich, sie stehen besser da, wenn sie ein solches Budget präsentieren, wohl kaum, bleiben wir ehrlich und sagen diese Übung ab, mehr Effizienz und Ausfallen von Sitzungen, da könnte man wieder Geld hereinholen. Die SVP-Fraktion lehnt mehrheitlich den FGK-Antrag ab.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle einen Gegenantrag zum Antrag der FGK. Ich stelle den Antrag, diese Budgetposition um Fr. 7'000.-- zu kürzen. Ich meine, man könne für dieses Jahr, vielleicht für die nächsten zwei drei Jahre, auf die Entschädigungen der Fraktionen die Pauschalentschädigung und die Entschädigung pro Mitglied verzichten, es sei ein gewisser Beitrag zur Sanierung der Stadtkasse. Ich weiss, sie werden sagen, es sei ein kleiner Beitrag, es wäre aber ein Beitrag und es bestraft nicht diejenigen, die Arbeit leisten und Fraktionssitzungen sind Arbeit.

Cyrill Stadler, FDP: Die Fraktion der FDP, die Liberalen ist einstimmig für den Antrag der FGK, hier ein Zeichen zu setzen, und zwar nicht ein Zeichen, das aussagt, die Parlamentsarbeit ist nichts wert, sondern ein Zeichen zu setzen, dass wir eben über das gesamte Budget an verschiedensten Stellen gespart haben, und eben auch bei uns den Willen zeigen, etwas einzusparen. Ich danke ihnen für die Zustimmung zum FGK-Antrag.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Das ist wahrer Populismus, was wir hier betreiben. Diese Fr. 7'000.-- einsparen zu wollen und von alten guten Weinen zu reden, den wir hier trinken und den anderen Wasser vorsetzen wollen, nein bitte nicht. Dieses Feigenblatt müssen wir uns nicht vorhängen. Ich weiss, dass wir mit viel, viel mehr Geldern, das wir bereits bezahlten (ich möchte den Namen gar nicht nennen, weil ich weiss, es gibt nur rote Köpfe) aber Fr. 170'000.-- haben wir bereits da hinten schon verbuttert, und wir wollen heute über Fr. 7'000.-- hier reden. Morgen ist das Geld pulverisiert.

Cyrill Stadler, FDP: Es geht hier um Fr. 24'000.-- und nicht um Fr. 7'000.--.

Riquet Heller, FDP: Zwei Bemerkungen: Ich habe noch gehört zu meiner Linken, man soll auch bei kleinen Beträgen sparen, das gilt offensichtlich bei uns nicht. Für uns gilt die Ausnahme. So beginnt es, wenn man sich nicht rechtsgleich behandeln lässt.

Und das Zweite, Lukas Graf, du hast bei beiden Anträgen betreffend Stadtrat und betreffend unseres Parlaments geschrieben, es sei einstimmig gewesen in deiner Kommission. Völlige Harmonie und Übereinstimmigkeit in unserer FGK, die so gut arbeitet und soviel Dank bekommen hat, und alle Anträge die sie einstimmig gefällt hat betreffend zwei sensible Gremien, den Stadtrat und unser Gremium, werden hoffentlich nicht abgelehnt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, kommen wir zur Abstimmung. Ich werde den Antrag von Peter Gubser gegenüber dem Antrag von Jacob Auer stellen, danach den Antrag von Jacob Auer gegen den Antrag der FGK. Entschuldigen sie, natürlich der obsiegende Antrag gegen den Antrag der FGK.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Entschuldigung Frau Präsidentin, ich bitte sie so abzustimmen, wie sie das eingangs der Sitzung gesagt haben. Das heisst, wenn andere Anträge da sind als die der FGK, dass der gegenüber gestellt wird und dann wird der obsiegende dem des Stadtrates gegenüber gestellt. So haben sie das eingangs der Sitzung erklärt und das ist auch richtig so.

Präsidentin Christine Schuhwerk: So werde ich es machen. Inzwischen sind aber mehrere Anträge eingegangen, nicht nur zwei. Deshalb ist zuerst über die Unteranträge abzustimmen.

Silke Sutter-Heer, FDP: Mit ist nicht ganz klar, was für ein Antrag Jacob Auer gestellt hat und offensichtlich auch sonst niemandem im Saal. Selbstverständlich wäre es richtig, wenn er einen Unterantrag, wie Peter Gubser gestellt hat, diese zuerst gegenüberstellen und dann den obsiegenden der FGK gegenüberstellen in einer nächsten Abstimmung. Was für einen Antrag hat denn Jacob Auer gestellt? Können wir diesen Antrag noch einmal hören?

Präsidentin Christine Schuhwerk: Der Antrag der FGK ist abzulehnen.

Silke Sutter-Heer, FDP: Das ist kein separater Antrag meines Erachtens, kein Unterantrag, sondern quasi, er hat beantragt, ohne dass das Antrags-Charakter, einen formellen Sinn hat, nur dass der Antrag der FGK abgelehnt wird. Es hat andere im Saal, die der gleichen Meinung sind. Ich bin also wirklich der Meinung, wie Peter Gubser gesagt hat, es kommt sein Antrag gegenüber dem Antrag der FGK.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Gut, dann stelle ich die zwei Anträge gegenüber.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1013.3000 um Fr. 7'000.-zu kürzen, wird mit 9 zu 9 Stimmen und 4 Enthaltungen mit Stichentscheid der Präsidentin abgelehnt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich habe die Anträge gegenüber gestellt und stelle nun den obsiegenden Antrag der FGK gegenüber dem des Stadtrats, dann sind wir wieder richtig.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir die Abstimmung nochmals wiederholen, weil die Ausgangslage nicht klar gewesen ist, worüber wir abstimmen. Sie haben gesagt, wir stellen die zwei Unteranträge einander gegenüber. Mir war nicht klar, welche Anträge da gegenüber gestellt werden.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Gut, beginnen wir nochmals von vorne. Wir stimmen zuerst über den Ordnungsantrag ab.

://: Dem Ordnungsantrag von Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Jetzt stelle ich den Antrag von Peter Gubser mit Fr. 7'000.-- gegenüber dem Antrag der FGK.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1013.3000 um Fr. 7'000.- zu kürzen, wird mit 11 zu 9 Stimmen angenommen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Jetzt stelle ich den Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso gegenüber dem Antrag des Stadtrats.

://: Dem Antrag des Stadtrates wird mit 14 zu 14 Stimmen bei Stichentscheid der Präsidentin zugestimmt.

Hanspeter Belloni, SVP: Konto 1020.3010, Besoldungen: Ich stelle hier einen Antrag. Da wurde die Stelle Wirtschaftsförderung durch den Stadtrat definitiv bewilligt (ich habe vorhin darüber gesprochen). Geschätzter Umfang der entsprechenden Personalkosten ca. Fr. 45'000.--. So lautet auch mein Antrag.

Die Begründung:

- Der ehemalige Wirtschaftsförderer sprach in seinem Wahlkampf, sich dort einzusetzen, wo es ihn braucht.
- Stellenvermehrungen in diesem Bereich, das haben wir auch schon gehört heute Abend, Projekte, Förderungen etc. sind äusserst heikel und werden nie mehr abgebaut.
- Diese fixen Personalkosten werden den Stadthaushalt immer belasten.
- Es würde mehr Sinn machen, notfalls einzelne Projekte extern zu vergeben, wie es im Übrigen der Stadtrat auch bereits getan hat.
- In den vergangenen Jahren wurden bereits vermehrt Stellen in diese Richtung geschaffen. (Stadtentwicklung, Kommunikation etc.)
- Zudem hat die angesprochene Person (M. Trummer) eine von der Stadt bezahlte Weiterbildung mit Verpflichtung zur Projektleiterin ja besucht.
- Ausserdem haben wir heute in der Medienmitteilung Gastro-Konzept die Begründung gelesen, der Stadtrat hätte nicht die Kapazität, das Fachwissen kann ich nachvollziehen, um da selber Hand anzulegen. Dann frage ich sie, warum wurde diese Stelle überhaupt geschaffen?

Falls der Antrag abgelehnt wird, werde ich in diversen Konti Streichungsanträge stellen. Es sind alle Kontis mit der Bezeichnung "Dienstleistungen Dritter", wo gemäss meinen Überlegungen diverse Kosten für das unselige Gastro-Konzept verbucht worden sind oder verbucht werden. Dies in Abwägung mit dem allenfalls abgelehnten Antrag auf die geschaffene Stelle eines "Wirtschaftsförderers".

Luzi Schmid, CVP/EVP: Das ist doch kein Antrag. Wir können nur über Zahlen diskutieren und nicht über Stellen und Etat. Ist das ein finanzieller Antrag Hanspeter Belloni und wie hoch bitte, was streichen wir denn da raus und wieviel?

Ich habe nichts gehört. Fr. 45'000.-- wird gestrichen hier?

Stadtammann Andreas Balg: Ich habe es bereits einmal erklärt, wie sich diese Situation zeigt und denke, das ist der falsche Moment, hier noch einmal eine grosse Auslegeordnung zu machen. Dennoch zwei, drei Bemerkungen: Es gibt nicht nur einen Wirtschaftsförderer und es gibt keine Stelle Wirtschaftsförderer, sondern viele, welche sich für die wirtschaftliche Entwicklung von Arbon einsetzen. In der Verwaltung ist der Gemeindeammann der oberste Wirtschaftsförderer. Die Frage ist nun, was man alles unter Wirtschafts-Förderung subsumieren will. Unsere Vorstellung für städtische Dienstleistungen für kleine und grosse Unternehmen, Immobilienservice, Standortmarketing, Ansiedlungsberatung, Stadtentwicklung und vieles mehr. Ein Grossteil dieser Aufgaben wird im Präsidium wahrgenommen und verteilt sie aber auch auf weitere Stellen.

Die Stelle im Präsidium, welche sich hier um dieses Thema kümmert, ist der Stadtammann selber und der Projektleiter Präsidium. Das ist die korrekte Bezeichnung für Alexander Stojkovic, Stadtentwicklung, das Sekretariat. Effektiv in der Organisation geschaffene Stelle und vom Stadtrat bewilligte Stelle sind 50 Prozent im Sekretariat.

Im Gegenzug dazu wurde auf 10 Prozent juristische Mitarbeit und 20 Prozent in der Kanzlei verzichtet, was in etwa betragsmässig das Ganze ausgleicht. Ein ganz wichtiger Hinweis ist der, dass wir eine Optimierung vorgenommen haben und insgesamt im Rahmen geblieben sind. Wenn sie der Meinung sind, dass die von mir genannten wirtschaftsfördernden Massnahmen, wie eben Dienstleistung für kleine und grosse Unternehmen, Immobilienservice, Standort-marketing, Ansiedlungsberatung, Stadtentwicklung und so weiter, wenn diese gekürzt werden sollen, dann bin ich der Überzeugung, dass das Arbon deutlich mehr schadet als sie je mit mehr als einer Reduktion erzielen können.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Konto, kommen wir zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP, Kürzung des Kontos 1020.3010 um Fr. 45'000.--, wird mit 19 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich bitte sie auch bei Enthaltung der Stimme, bei Aufruf aufzustehen.

1021 EKS (Sicherheit am Arbeitsplatz)

Lukas Graf, Präsident FGK: Für die ganze Gruppe, EKAS, Sicherheit am Arbeitsplatz, ist die FGK der Ansicht, dass der Nettoaufwand bei diesem Konto auf dem Niveau der Vorjahre bleiben sollte, und stellt den Antrag um Kürzung von Fr. 11'300.--.

Stadtammann Andreas Balg: Hier möchte ich gerne auf die Konsequenzen hinweisen. Mit dem noch allenfalls verbleibenden Betrag, also minus der Fr. 11'300.--, können wir die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes wahrnehmen. Die Sensibilisierungswahrnehmungen zum Thema Arbeitsschutz und Gesundheit sind nicht mehr möglich. Das betrifft insbesondere Schulungen, Informationen und Aktionen. Damit gefährden wir natürlich die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz.

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Hier möchte ich schon dem Stadtammann widersprechen. Ich bin selbst Sicherheits- oder KOPAS-Mitarbeiter in unserer Firma und man kann da ganz sicher Geld einsparen und die Leute ohne grosse finanzielle Aufwände schulen.

://: Dem Antrag der FGK, das Konto 1021 EKAS um Fr. 11'300.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

1028 Bauverwaltung:

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich rede zu den Konten 1028.3181 Gutachten und 1028.3183. Ich bin der Meinung, dass zu viele Arbeiten nach auswärts vergeben werden. Die Bauverwaltung wurde sehr stark ausgebaut in den letzten Jahren, und es ist für mich nicht einzusehen, dass jetzt auch so viele Aufträge nach auswärts vergeben werden. Man hört bereits von verschiedener Seite, dass die Bauverwaltung nicht mehr in der Lage sei, auch einfache Baugesuche selber zu kontrollieren, sondern dass alles direkt zur Firma Wälli gehe.

Ich beantrage ihnen darum, beim Konto 1028.3181 um Fr. 5'000.-- zu reduzieren und dort neu Fr. 20'000.-- einzusetzen. und beim Konto 1028.3183 Dienstleistungen Dritter, um Fr. 50'000.-- zu reduzieren und neu nur Fr. 100'000.-- einzusetzen. Das ist immer noch wesentlich, wesentlich mehr, etwa das Zwölfwache vom Betrag, der 2013 aufgewendet wurde. Mit diesen Fr. 100'000.--, die für Energieberatung vergeben wurden, weil man keinen Nachfolger für Binkert gefunden hat, kann man diese Beratung sicher bezahlen. Da reichen diese Fr. 100'000.--.

Stadtrat Reto Stäheli: Ich kann hier nur folgende Ausführungen bringen: Konto 1028.3181, dort haben wir schon eine Reduktion eingebaut von 2014 auf 2015, Wir haben dort etliche Konzepte, sprich juristische Beratungen, im Zusammenhang mit den grossen Bautätigkeiten. Wir brauchen diese Gelder, weil wir nicht alles selber machen können, und auch Expertisen erstellen müssen.

Zum zweiten Posten 3183 Dienstleistungen Dritter: Dort geht es einerseits darum, dass wir auch Mehraufwände bei Einsprachen haben, diese nehmen zu. Ich nenne ihnen dazu nur noch eine Zahl: wir haben zurzeit hochgerechnet 160 Baugesuche dieses Jahr über den Tisch laufen gehabt, gegenüber dem letzten Jahr mit 142 Baugesuchen. Darin sind 20 Projektänderungen nicht eingeflossen. Wir haben zum Teil grosse Überbauungen, die auch Projektänderungen beinhalten, die wieder von Grund auf neu beurteilt werden müssen. Ich bitte sie, diese Position stehen zu lassen. Wir haben mitgeteilt, dass wir Ende des Jahres einen Saldo ziehen, wie es aussieht mit der externen Vergabe und allenfalls mit einer Neuanstellung, und wenn das Verhältnis nicht stimmt, suchen wir einen Mitarbeiter, um dies lösen zu können. Aber bitte, lassen sie diese Position drinnen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1028.3181 um Fr. 5'000.- zu kürzen, wird mit 14 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

://: Dem Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1028.3183 um Fr. 50'000.-- zu reduzieren, wird mit 16 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

1029 Werkhof

Lukas Graf, Präsident FGK: Hier nur eine Information zu Konto 10209.3312 Ordentliche Abschreibung Fahrzeuge. Bei dem Betrag im Bericht von Fr. 8'000.-- handelt es sich nicht um einen Antrag im eigentlichen Sinne, sondern um eine Folge unseres Kürzungsantrages bei den Investitionskosten, den wir noch stellen werden. Dies ist ein Automatismus, man muss hier über diesen Antrag nicht abstimmen.

11 Öffentliche Sicherheit

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1101.3110 Anschaffung. Mobilien, Maschinen und Geräte. Aufgrund des Saldos der letzten drei Jahre beantragt die FGK eine Kürzung um Fr. 3'000.--.

Zu Konto 1101.3170 Spesenentschädigung: Auch hier soll nicht mehr budgetiert werden als in den vergangenen drei Jahren im Durchschnitt gebraucht wurde. Die FGK beantragt deshalb die Halbierung des Betrages auf Fr. 1000.--.

Präsidentin Christine Schuhwerk: 1102 Berufsbeistandschaft

Luzi Schmid, CVP/EVP: Konto 1102.3010 Besoldungen: Hier muss ich einen Antrag stellen, es drängt mich gerade zu dieser Position. Wenige Informationen, kann man dazu sagen, aber eine grosse Zusatzausgabenposition. Nur mit komplexeren Fallführungen und Stellenetat, das genügt hier nicht, um diese Erhöhung vom letzten Jahr auf dieses Jahr zu begründen. Der Stadtrat hat ja selber gesagt, kein Tabuthema. Weil wir ja wirklich wenig Informationen haben, weil wir nicht wissen, was bei diesen Berufsbeistandschaften wirklich abläuft, bitte ich sie und stelle den Antrag, dass wir auf die Position des Voranschlags 2014 zurückgehen, also auf Fr. 486'000.-- zurückfahren.

Es war ein Funken Hoffnung, als uns vor Jahren erzählt worden ist, dass mit der KESB dann alles günstiger wird oder mindestens nicht nach oben geht, jetzt jedoch jedes Jahr kommen erhöhte Zahlen. Man kann sagen, von diesem Hoffnungsfunken aus gibt's einen Flächenbrand, und auch bei dieser Position werden wir mit einer Kostenlawine überrollt. Ich wünsche mir schon mehr Informationen und stelle darum den Antrag, dass wir aufs Budget 2014 zurückfahren, weil diese Erhöhung nicht nachvollziehbar ist.

Riquet Heller, FDP: Ich bin mit dem Vormundschaftsrecht einigermaßen vertraut und kann ihnen folgendes dazu sagen: Es ist so, dass die Fälle mit dem neuen Vormundschaftsrecht wesentlich komplexer geworden sind, namentlich für die betreffenden Amtspersonen, die das auszuführen haben.

Sie haben wesentlich mehr Auflagen zu erfüllen. Man spricht von einer eigentlichen Bevormundung der Vormünder. Es werden wesentlich mehr Freiheiten den Personen, die der Fürsorge bedürfen, eingeräumt, was zur Folge hat, dass der Aufwand für die Vormünder und für die Beistände entsprechend steigt. Dann kommt noch dazu: das Vorrecht für Verwandte wurde fallen gelassen. Es ist so, dass immer mehr Leute sich professionell vertreten lassen und nicht mehr von der Verwandtschaft. Das ist ebenfalls eine gewollte Sache des Gesetzgebers, was zur Folge hat, dass automatisch mehr Berufsbeistandschaften eingeführt werden, weil die Leute das Recht haben, das selbst zu bestimmen. Demzufolge bitte ich sie, diese Position, die offensichtlich ausgewiesen ist mit Fr. 30'000.-- Mehraufwand, zu genehmigen. Ich stimme dem Antrag des Stadtrates zu.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion wird den Antrag von Luzi Schmid unterstützen. Es sind tatsächlich zu wenige Informationen vorhanden, darum unterstützen wir seinen Antrag und gehen auf das Niveau der letzten Budgetierung.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Die Berufsbeistandschaft betreut derzeit mit vier Beiständen und einem Stellenetat von 290 Prozent rund 300 Fälle, wovon jeder einzelne Fall so individuell ist wie die Menschen, die sich dahinter verbergen. Diese Aufgabe wird unterstützt von 170 Stellenprozenten im kaufmännischen Bereich. Diese budgetierte Erhöhung betrifft zur Hauptsache diesen kaufmännischen Bereich und da ist die Mehrbelastung infolge verschiedener Erhöhungen im administrativen Verfahren offenkundig.

Dazu nur zwei Beispiele: Umfasste früher eine Verfügung der Ergänzungsleistung eine Seite, so wird diese nach neuen Anforderungen über vier Seiten abgefasst. Oder die IPV-Leistung, die früher direkt an die Klienten geleistet wurden, laufen heute über die Krankenkassen, verbunden mit entsprechendem Mehraufwand bezüglich Abrechnungen und dem damit verbundenen Rückerstattungswesen. Bevor zusätzliche Stellenetats beantragt werden, werden die Abläufe jeweils intern überprüft, und ich versichere ihnen, diese zusätzlichen 25 Prozente im kaufmännischen Bereich sind wohl begründet.

Meine Damen und Herren, Reorganisationen, Neuorganisationen haben ihre Konsequenzen, bitte nicht auf dem Buckel der Mitarbeitenden unserer Verwaltung. Angesichts dieser Überlegungen beantragt ihnen der Stadtrat, diese Position unverändert zu belassen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Diese Antwort kann so nicht stehen gelassen werden. Ich habe auch eine Ahnung von Erwachsenen- und Kinderschutzrecht. Ich wollte eigentlich dem Stadtrat ein bisschen den Rücken stärken, weil hier ganz klar ein Machtkampf zwischen KESB (Kanton) und Gemeinde stattfindet. Um diesen Druck zu erläutern: Man hat schon, als die KESB erfunden wurde, darauf hingewiesen, dass dies aus dem Ruder laufen könnte. Mein Antrag wäre eigentlich eine Unterstützung vom Stadtrat, dass hier gewisse Abläufe geändert werden. Es kann tatsächlich nicht sein, dass die KESB einfach nur befiehlt und die Stadt muss dann Personal einstellen und das ganz ausbaden. Darum bitte ich sie diesen Antrag anzunehmen, damit hier etwas in Bewegung kommt und vielleicht auch Abläufe neu abgewickelt werden.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Vielen Dank, Luzi Schmid, für die gute Absicht. Ich erkenne dahinter eine taktische Überlegung, die sie zu diesem Vorschlag führt. Nur bitte sehr, taktische Überlegungen auch hier nicht auf dem Buckel der Mitarbeitenden. Diese Entscheide, die sie ansprechen, sind weder in der Macht- oder Entscheidungsbefugnis des Stadtrats noch der ausführenden Behörde. Bitte setzen sie das dort ein und das finde ich durchaus begrüssenswert, aber auch dort wo entschieden wird, wo auch die Kompetenzen liegen.

Nochmals, bitte bleiben sie beim Vorschlag, wir brauchen wirklich diese 25 Prozente. Ich darf ihnen sogar noch sagen, wir haben sehr lange zugewartet, und wir haben jetzt schon einen Überhang abzubauen.

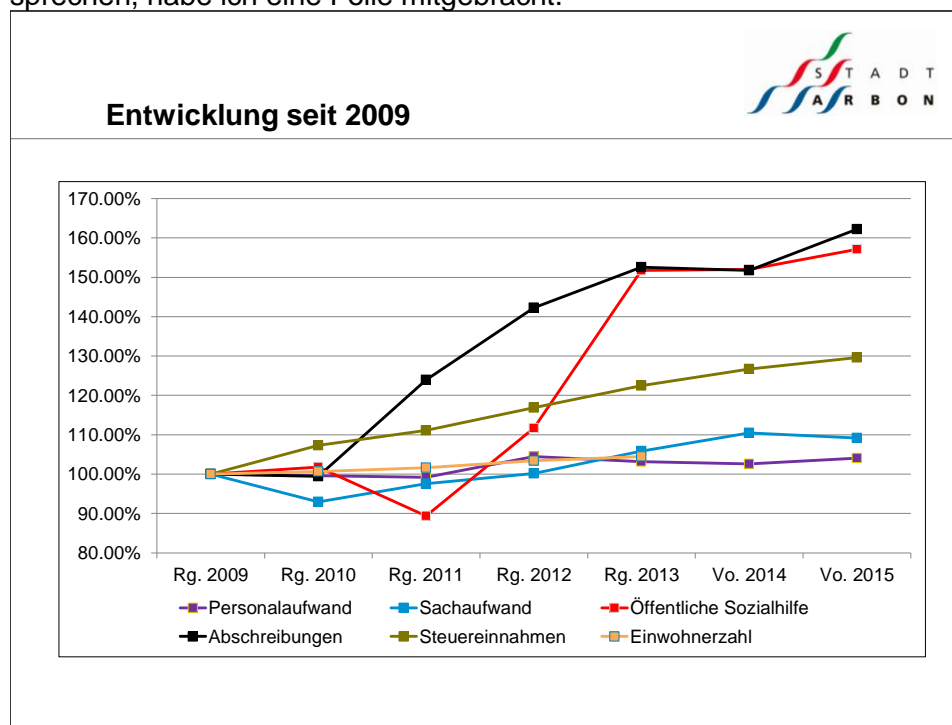
Roland Schöni, SVP: Mit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde wurde eine teure, professionelle Institution, eine neue Behörde geschaffen. Es kann nicht sein, dass diese nachher die Gemeinden dermassen strapazieren. Der Antrag von Luzi Schmid will zeigen, dass die Gemeinden sich nicht alles vorschreiben lassen müssen von der KESB und können hier Gegensteuer geben.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Vielleicht einfach der Ordnung- oder der Vollständigkeit halber. Sie betonen jetzt einzig die Kostensteigerung durch die KESB bei der Berufsbeistandschaft. Dass wir entlastet worden sind durch die Verlagerung der früheren Vormundschaftsbehörde und der Amtsvormundschaft auf diese KESB, das ignorieren sie bei den Ausführungen. Bitte machen sie eine Gesamtbetrachtung.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Luzi Schmid, CVP/EVP, Konto 1102.3010, Reduktion dieser Ausgaben von Fr. 516'200.-- auf den Betrag des Jahres 2014, Fr. 486'000.--, wird mit 16 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Stadtmann Andreas Balg: Bevor wir weiter über Personal, Belastung oder Kürzungen sprechen, habe ich eine Folie mitgebracht.



Diese zeigt die deutliche Situation in der Stadtverwaltung. Ich habe ein paar Richtwerte zusammentragen lassen und werde sie kurz erklären.

Wir sehen die schwarze Linie 2009, Entwicklung bis Voranschlag 2015, das sind die Abschreibungen. Das zeigt deutlich auf, dass wir stark investieren, nichts neues, aber das bedeutet Arbeit. Wir sehen den steigenden Sachaufwand, die hellblaue Linie. Wir sehen die deutliche Steigerung, auch das ist bekannt, in der öffentlichen Sozialhilfe. Wir sehen die Steuereinnahmen, das bedeutet auch Mehrarbeit, und dann die Linie des Personalaufwands, violett, die unterste und sehr schwach gestiegene Linie. Natürlich kann das nicht alles erklären, aber es zeigt eindeutig und eindrücklich auf, dass die Belastungen in den letzten fünf Jahren in der Stadtverwaltung gestiegen sind und der Personalaufwand sich entsprechend moderat entwickelt. Wir arbeiten viel mehr mit nur knapp mehr Leuten und das möchte ich einmal mehr betonen. Wir hatten bereits im ersten Jahr meiner Amtstätigkeit eine Situation in einer Abteilung, wo genau aufgrund übertriebener Zurückhaltung in der Personalentwicklung Probleme entstanden sind, die dann letztendlich zu mindestens drei Kündigungen geführt haben, und die Probleme so nur verschärft haben. Bitte bedenken sie genau diese Entwicklung in ihren weiteren Abstimmungen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Sind noch weitere Wortmeldungen zu 1102 Berufsbeistandschaft?

13 Kultur und Freizeit

Elisabeth Tobler, SVP: Wie ich in der letzten Parlamentssitzung schon erwähnt habe, möchte ich zur ganzen Position 1300 jeweils einzelne Erhöhungen beantragen. Die Anträge habe ich bereits abgeliefert. Bei der Bibliothek weiss ich, dass die FGK einen Antrag von plus Fr. 1'500.-- machen wird. Ich möchte einen Gegenantrag machen: Erhöhung auf das Budget vom letzten Jahr. Ich möchte das begründen damit, dass die Bibliothek sehr knapp an Mitteln ist, jeden Franken drehen muss, bis es endlich dann aufgeht. Ich möchte nicht, dass unsere Bibliothek deswegen kaputt geht. Ich beantrage deshalb gegen den FGK Antrag, das Budget auf der Höhe des letzten Jahres zu belassen.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich spreche zum ganzen Konto 1300 Kulturförderung. Die Kulturförderung ist in Arbon ein wichtiges Anliegen für unsere Bevölkerung und bedarf der Wertschätzung. Wer möchte die Auftritte von Stadtmusik und Sinfonischen Orchester und andere kulturelle Vielfalt missen. Zudem wird hier auch eine musikalische Jugendarbeit gefördert. Dieser Standortfaktor für die Stadt Arbon darf nicht preisgegeben werden. Die lineare Kürzung von 10 Prozent aller Kulturausgaben des Budgets von 2015 überzeugt nicht und ist eine Geringschätzung der kulturellen Arbeit in Arbon, die doch immer wieder auch zum Vorteil und Nutzen von Arbon selbst gereicht.

Antrag CVP/EVP-Fraktion: Alle Budgetaufwendungen des Voranschlages 2014 sind auch für den Voranschlag 2015 einzusetzen, ausser der Position 1300.36506 (Beitrag an Projekt H2Art Fr. 5'000.--) und 1300.36517 (Beitrag Kulturtage von Fr. 10'000.--), welche auf Fr. 0.- zu setzen sind, da deren Fortsetzung ungewiss ist. Das heisst in Zahlen lautet unser Antrag: Auf Konto 1300 sind neu 216'000.-- und somit um Fr. 26'000.-- höher als vom Stadtrat budgetiert einzusetzen.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich stelle jetzt trotzdem die beiden Anträge der FGK. Einerseits zur Stadtbibliothek, es geht darum, dass überall um 10 Prozent gekürzt wurde. Es bleibt Konto 36501, Stadtbibliothek, da wurde mehr gekürzt, die FGK beantragt deshalb eine Erhöhung um Fr. 1'500.--, damit auch bei der Stadtbibliothek nicht mehr als um 10 Prozent gekürzt wird.

Dann 1300.36515 Beitrag an Landenberggesellschaft „Kultur läbt“: Dieser Beitrag wurde in den vergangenen Jahren nicht gebraucht und die FGK ist deshalb mehrheitlich der Ansicht, ihn unter den gegebenen Umständen in diesem Jahr nicht mehr zu budgetieren und beantragt die Streichung

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Wunderbar diese Antragsflut. Auch ich hätte noch einen Antrag zur Kontogruppe 1300 Kulturförderung.

Mein Antrag lautet folgendermassen: Der Budgetbetrag 2014 wird, wie vom Stadtrat gewünscht, um 10 Prozent gekürzt. Die Aufteilung der Summe soll der Kulturkommission obliegen. Der Kulturkommission liegen die massgeblichen Unterlagen der Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen vor und sie sind deshalb auch besser in die Lage, die diesbezüglich richtigen Entscheide zu treffen.

Die Zahlen präsentieren sich konkret so: Budget 2014 Fr. 231'200.--, minus Fr. 23'120.--, ergibt einen Budgetposten 2015 von Fr. 208'000.--. Damit würden die Anträge der FGK hinfällig. Er ist dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion sehr ähnlich, die einzige Änderung liegt darin, dass ich möchte, dass die Kulturkommission über die Anträge entscheidet, weil es für mich nicht gut ist, hier in diesem Plenum über einzelne Beträge zu entscheiden. Wir können es nicht und es ist sehr emotional. Ich weiss auch, dass die Kulturtage, die man bei der CVP/EVP herausnehmen möchte, nach wie vor nicht gestorben sind. Ich erinnere an die diesjährigen Kulturtage mit den Klangkörpern am See. Es war wirklich eine sehr gute und schöne Ausstellung und Arbeit und ich möchte nicht, dass man einfach auf diesen Posten verzichtet, weil er vielleicht nur alle zwei Jahre stattfindet. Ich bitte doch höflich, meinem Antrag zuzustimmen.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir haben das bei dieser Position 1300 schon einmal gehabt, indem wir eine Globalposition gemacht haben, ein oder zwei Jahre noch unter Martin Klöti, das hat nicht funktioniert. Ich bleibe darum bei meinem Antrag.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich wollte eigentlich zu den einzelnen Positionen dasselbe sagen wie Roman Buff, dass wir zurückgehen. Ich habe die Anträge einzeln gestellt, wie sie es gewünscht haben im Vorfeld. Ich kann mich aber dem Antrag von Roman Buff anschliessen, dass wir das so zurückfahren, ausser diesen zwei Positionen, die ich bei meinen einzelnen Anträgen nicht erwähnte. Ich ziehe den Antrag zu Gunsten des Antrags von Roman Buff, CVP/EVP, zurück.

Roland Schöni, SVP: Kann ich den Antrag von Roman Buff nochmals hören, ich glaube, den haben nicht alle verstanden.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir stellen den Antrag, dass beim Voranschlag 2014, das sind Fr. 231'200.--, dass wir den Betrag übernehmen, minus die Positionen 1300.36506 Fr. 5'000.--, Projekt H2Art und 1300.3617 Beitrag an Kulturtage von Fr. 10'000.--. Daraus ergibt sich ein Betrag von Fr. 216'200.-- Fr. 26'000.-- höher als vom Stadtrat budgetiert. Ist das klarer?

Roland Schöni, SVP: Ja, und das gibt mir die Begründung: Wenn der Stadtrat, Kultur in allen Ehren, schon bereit ist, hier diese 10 Prozent zu kürzen, dann sollte man dies auch so belassen. Die Mehrheit der SVP wird diese Sparübungen des Stadtrates auch unterstützen, mit der Ausnahme der Bibliothek, die nicht mehr sparen soll als die 10 Prozent.

Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates bei dieser Position von Fr. 189'300.--.

Silke Sutter Heer, FDP: Noch als Nachschub zur Information: Die FGK hat sich auch bei der Stadtbibliothek durchringen können, auf diese 10 Prozent Kürzung nicht zu verzichten, sondern sie zu belassen, weil uns bekanntgegeben wurde, dass dieser Betrag bereits durch die Schulen aufgefangen worden ist. Das heisst, es kommt bei der Stadtbibliothek zwar zu einer Kürzung durch die Stadt, aber andere Institutionen des öffentlichen Rechts, sprich die Schulen, übernehmen diesen Betrag, so dass es unter dem Strich zu keiner Kürzung kommt. Ich sehe Patrick Hug nicken, vielleicht kann er hier noch etwas ergänzen, das aber ist das, worüber wir informiert worden sind.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich bin zwar nach wie vor der Meinung, dass es nicht gut ist, wenn wir im Parlament über einzelne Beträge im Kulturbereich abstimmen, trotzdem würde ich meinen Antrag zu Gunsten des Antrags von Roman Buff zurückziehen.

Vizestadtmann Patrick Hug: Silke Sutter Heer, der Einblick täuscht auf diese Distanz, ich habe nicht genickt, sondern den Kopf geschüttelt. Es ist wohl richtig, dass die Primarschulgemeinde Arbon aufgrund nicht zuletzt ihrer sehr guten finanziellen Lage, den Beitrag an die Stadtbibliothek erhöht hat. Neu dazu gekommen sind die beiden Primarschulgemeinden Frasnacht und Stachen, die ebenfalls jährlich einen Beitrag, wenn auch in geringerem Ausmass, sprechen werden. Ziel von mir als Präsident des Stiftungsrates der Stadtbibliothek Arbon wie auch des gesamten Stiftungsrates ist es, die Stadtbibliothek auf eine breitere Basis zu stellen, das heisst, dass die Trägerschaft nicht im überwiegenden Teil praktisch nur die Stadt Arbon ist. Dies ist uns gelungen. Übrigens hat auch vor Jahresfrist die Gemeinde Roggwil ihren Beitrag erhöht, davor hat die Bürgergemeinde ihren Beitrag erhöht. Wir haben einen grosszügigen privaten Sponsor, der, wenn die finanzielle Situation unserer Bibliothek wirklich sehr eng ist - da gebe ich Elisabeth Tobler recht, das ist praktisch eine Daueraufgabe, das Sponsoring - wenn wie gesagt die finanzielle Situation sehr eng ist, können wir auf die Familie Eggart zurückgreifen und sie stopft jeweils dann auch unsere Löcher.

Anzunehmen, dass die Stadtbibliothek auf Rosen gebettet wäre, das muss ich dann schon weit von mir weisen. Es ging primär darum, noch einmal, die Stadtbibliothek auf eine breitere Basis abzustützen und die Trägerschaft breiter aufzustellen.

Stadtammann Andrea Balg: Inge Abegglen, für mich war fünf Minuten lang Weihnachten. Der grösste Wunsch, den sie mir erfüllen könnten, ist ein Globalbudget zur Kulturförderung und die Kulturkommission entscheidet über die Vergabe. Das sind die Leute, die näher dran sind, so wie es Inge Abegglen gesagt hat. Ich hätte gerne ihre Stimmen zu diesem Antrag, ich hätte gerne ein Globalbudget zum Thema Kultur, und die Kulturkommission hat die Kompetenz, die Erfahrung und das Wissen, adäquat sich da zu entscheiden und die Beträge festzulegen.

Cyrill Stadler, FDP: Wir haben vor zwei Jahren bereits einmal diesen Antrag gestellt, eben dieses Kulturbudget als Gesamtes anzusehen. Roman Buff hat das richtig gesagt, es gab früher einmal eine Situation wo es so war, dass das als Globalbudget geführt wurde, und eigentlich so tief im Herzen drin, macht es immer noch Sinn.

Es gibt eine Kulturkommission, die entscheiden kann, wo die Beiträge fliessen sollen. In einem Jahr kann man vielleicht Akzente setzen und mit solchen Veranstaltungen, wie es Inge Abegglen erwähnt hat mit den Skulpturen am See, erlebbare Kultur gestalten, da kann man vielleicht Schwerpunkte setzen. Da braucht es auch wirklich eine Kulturkommission und nicht ein 30-köpfiges Parlament, das Einzelbeträgen von drei, vier oder fünf Tausend Franken eine Allokation macht.

Ich würde darum in die Bresche springen und den Antrag von Inge Abegglen aufnehmen, dass wir diesen Betrag fixieren über die ganze Kultur und der Kulturkommission delegieren, wie sie den verteilt. Als Vorschlag in der Mitte, dass wir da einen Betrag von Fr. 200'000.-- allozieren über das Konto 1300 Kulturförderung.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich bin eigentlich der Meinung, dass die Kultur ein wesentliches Aushängeschild unserer Gemeinde ist. Ich unterstütze aber den Antrag von Cyrill Stadler und zwar im Hinblick auf die gesamte finanzielle Situation der Stadt, erachte aber diesen Entscheid als periodischen Entscheid. Das heisst, wenn es dann der Stadtkasse wieder etwas besser geht, dann ist die Kultur etwa der erste Bereich, der wieder auf das frühere Niveau angehoben werden muss.

Elisabeth Tobler, SVP: Wir haben noch kein Kulturkonzept. Wir haben jetzt eine Kulturkommission, die amtiert vielleicht noch für ein halbes Jahr. Ich finde es verfehlt, in dieser Situation etwas Neues einzuführen. Ich möchte deshalb nochmals bitten, dass man den Antrag von Roman Buff unterstützt, damit es von mir aus bis Ende Legislaturzeit so läuft, wie es bis jetzt gelaufen ist. Ich kann dann später immer noch sagen, okay, das entsprechende Konzept, das man dem Parlament vorlegen sollte, da kann man dahinter stehen, und dort kann man dann auch eher ein Globalbudget sprechen. Für den Moment aber bin ich nicht der Meinung, wir haben kein Konzept und wir sind dann der Kulturkommission auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, je nach Präferenzen dieser Kommission und das finde ich sehr schlecht. Ich möchte deshalb nochmals bitten, den Antrag von Roman Buff zu unterstützen.

Stadtammann Andreas Balg: Da habe ich zwei Ergänzungen dazu. Das eine ist, auch wenn wir kein niedergeschriebenes Konzept haben, haben wir eine schöne Struktur und Schwerpunkte, die gesetzt wurden. Die sehen wir hier in der Auflistung der entsprechenden Kontendetails, und es gibt eine fähige Kulturkommission und die wird in ähnlicher Weise über die Jahreshälfte weiter wirken. Das wäre mit Sicherheit eine Freude für diese Kommission, eine gute Grundlage für ihre Arbeiten zu bekommen.

Roland Schöni, SVP: Ich bitte sie, den Antrag von Inge Abegglen abzulehnen. Sie wollen Fr. 200'000.-- einer Kommission übergeben, die dann nach Belieben und in ihren Präferenzen zufolge dann das Geld verteilen kann. Das scheint mir sehr heikel. Wir wissen ja nicht einmal, wer alles im Moment in dieser Kommission ist. Ich rate daher davon ab und plädiere dafür, es bei diesen Positionen zu belassen, die ja auch einmal geschaffen wurden, da hat man auch einmal dabei etwas gedacht.

Es ist etwas anderes, dass man, wenn alles klar ist, in der Zukunft überlegen kann, ob man dies einer Kommission übergeben kann. Dann aber wird es vermutlich noch teurer, und jetzt wollen wir schon mehr ausgeben.

Silke Sutter Heer, FDP: Sie denken, es ist offensichtlich so, dass einige den Überblick verloren haben, welche Anträge überhaupt noch aktuell sind. Der Antrag von Inge Abegglen ist längst zurückgezogen und nicht mehr aktuell. Zu dem Antrag hätte man nichts mehr plädieren müssen. Inhaltlich hat es aber übereingestimmt, womit zum Antrag von Cyrill Stadler man noch plädieren konnte. Darf ich die Präsidentin bitten zu sagen, welche Anträge sind noch im Rennen, was gilt noch?

Präsidentin Christine Schuhwerk: Der Antrag von Roman Buff, CVP/EVP, ist noch im Rennen. Der Antrag von Cyrill Stadler, FDP ist praktisch der gleiche, welcher von Andreas Balg gestellt wurde, nur hat er noch keinen Betrag genannt.

Silke Sutter Heer, FDP: Ich glaube, Andreas Balg hat sein Votum eher scherzhaft gemeint. Ich denke, er kann ohne Rücksprache mit dem Stadtrat keinen Antrag stellen, davon gehe ich zumindest aus. Ich weiss aber nicht, wie der Stadtrat sich dazu stellt. Im Übrigen hat darum Cyrill Stadler den Antrag aufgenommen. Andreas Balg, kannst du sagen, was mit deinem Antrag passiert?

Stadtmann Andreas Balg: Mein Antrag erübrigt sich, da ein Antrag von Cyrill Stadler gestellt wurde.

Silke Sutter Heer, FDP: Dann haben wir noch die zwei Anträge, den FGK Antrag, plus natürlich, was der Stadtrat beantragt hat, natürlich alles kleine Modifikationen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich werde jetzt die zwei Anträge von Cyrill Stadler, FDP und Roman Buff, CVP/EVP, gegenüber stellen. Der Obsiegende wird dem FGK Antrag gegenüber gestellt.

://: Dem Antrag von Roman Buff, CVP/EVP, das Konto 1300 zu belassen wie im Jahr 2014, jedoch mit Streichung der Konten 1300.36506 und 1300.36517, was somit einen Betrag von Fr. 216'000.-- ergibt, wird mit 19 zu 7 Stimmen zugestimmt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Ich stelle nun den Antrag von Roman Buff, CVP/EVP gegenüber dem Antrag der FGK

://: Der Antrag von Roman Buff, CVP/EVP, wird mit 21 zu 7 Stimmen angenommen.

1309 Schloss:

Hanspeter Belloni, SVP: Ich habe angedroht, wenn die Streichung abgelehnt wird, dass ich zu einzelnen Positionen Anträge stelle. Ich spreche zum Konto 1309.3181 Dienstleistung Dritter: Ich beantrage eine Reduktion um Fr. 4'500.--, damit bewusster mit dem Geld umgegangen wird.

:// Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP, Reduktion um Fr. 4'500.-- des Kontos 1309.3181, wird mit 17 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1309.4272 Schloss Mieteinnahmen: Diese Mieteinnahmen sind sehr stark zurückgegangen gemäss der Aufstellung im Budget. In der Rechnung 2013 betrugen die Mieteinnahmen noch 186'376.--, im Voranschlag 2014 wurde reduziert auf Fr. 170'000.--. Das ist zurückzuführen auf die kleinere Fläche, die die Migros-Klubschule beansprucht und jetzt soll noch einmal auf Fr. 130'000.-- Mietzinseinnahmen reduziert werden.

Damit finanzieren wir jetzt, etwas böse ausgedrückt, den Lehnstuhl in der Bauverwaltung, die wenig macht, um diese Räumlichkeiten wieder zu vermieten. Ich bin nun wirklich der Auffassung, es dürfen keine Flächen, die der Gemeinde gehören, leer stehen. Die Bauverwaltung muss alles unternehmen, dass diese Flächen mindestens teilweise wieder vermietet werden können. Darum stelle ich den Antrag hier, die Fr. 130'000.-- um Fr. 20'000.-- zu erhöhen. Nicht auf das Niveau früherer Jahre, aber wenigstens um Fr. 20'000.-- zu erhöhen, um dadurch ganz klar das Signal zu geben, die Anstrengungen zu verstärken, dass hier wieder Raum vermietet werden soll und nicht einfach leer stehen darf.

Roman Buff, CVP/EVP: Wir können diesem Antrag zustimmen, wir bitten aber, den Ton gegenüber der Bauverwaltung etwas zu mässigen. Lehnstuhl und solche Ausdrücke finde ich nicht schön, denn die krampfen dort oben, das wissen wir von unserem eigenen Stadtrat.

Cyrell Stadler, FDP: Die niedrigen Mietzinsen sind uns auch in der FGK aufgefallen. Wir haben diese Frage auch dem Stadtrat gestellt zur Beantwortung. Sie können das in den Unterlagen lesen. Ich glaube, über eine allfällige Lösung punkto Mietzinseinnahmen zu spekulieren und dann das in einem Budget drin festzuschreiben ist auch nicht der seriöse Weg. Ich glaube, wenn es einen zusätzlichen Mieter gibt, der das übernehmen kann und die baulichen Massnahmen erfüllt werden können, dann würde der Stadtrat es sofort mit der Bauverwaltung machen. Diese Erhöhung einer Einnahmenposition erachte ich als nicht seriös.

Stadtrat Reto Stäheli: Danke, Cyrell Stadler, für die Voten. Es ist nicht so, dass wir im Lehnstuhl sitzen, es ist auch nicht einfach, einen Nachmieter einfach so zu finden. Wie schon gesagt, wenn wir hier jetzt die Einnahmen hochschrauben, ist es Glaskugel lesen, ganz klar.

Stadtammann Andreas Balg: Ich möchte hier noch zwei Ergänzungen anbringen. Einerseits in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung kann man deutlich herauslesen, dass es insbesondere für die Entwicklung Schloss Bemühungen braucht, um ein vernünftiges Nutzungskonzept zu erstellen.

Der zweite Punkt: Hier geht es darum, wir wissen, dass der Vertrag Gastronomie im Schloss gekündigt wurde per Ende Jahr und wir sind ja aktuell in der Vorauswahl möglicher neuer Pächter oder Investoren für das Gastrokonzept. Es könnte durchaus sein, dass sich da noch etwas ergibt, glaube aber kaum, dass wir auf Januar etwas entwickeln können.

Dann will ich insbesondere darauf hinweisen, dass zwei Punkte bereits in Arbeit sind.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1309.4272 der Laufenden Rechnung, die Mieteinnahmen um Fr. 20'000.-- zu erhöhen, wird mit 16 zu 10 Stimmen genehmigt.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1330 Parkanlagen: Gestützt auf die Massnahme 4.3.8 in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, die eine Reduktion der Leistungen bei der Bewirtschaftung der Parkanlagen vorsieht, beantragt ihnen die FGK, den Nettoaufwand um Fr. 30'000.-- zu kürzen und damit dem Niveau von 2013 anzupassen.

Stadtrat Reto Stäheli: Die Fr. 30'000.-- werden sich, wenn es irgendwie geht, in Leistungskürzungen ausweisen, wie Lukas Graf es bereits gesagt hat. Ich will darauf hinweisen, dass wir einen neuen Brunnen geerbt haben. Der Kreiselbrunnen ist auch mit Fr. 8'000.-- im Budget enthalten. Wir haben somit Mehraufwendungen, die wir lösen wollen, aber hier kann zähneknirschend ja gesagt werden.

Hanspeter Belloni, SVP: Konto 1341.3180 Dienstleistung Dritter: Ich ziehe es durch, Antrag Reduktion Fr. 2'000.--, es hat mit dem Gastrokonzept zu tun.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP, das Konto 1341.3180, Dienstleistung Dritter um Reduktion von Fr. 2'000, wird mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Elisabeth Tobler, SVP: Konto 1342.3651 Förderbeiträge Sport: Ich möchte diese Position um Fr. 2'000.-- kürzen. Ich denke, das ist gut möglich, weil wir den Verein Skatepark haben, und ich gebe es nicht auf, denn ich finde, der müsste auch wie die anderen Vereine den Nachweis erbringen für das, was er regelmässig macht, bevor er einen Unterstützungsbeitrag erhält.

://: Der Antrag von Elisabeth Tobler, SVP, den Unterstützungsbeitrag an den Verein Skatepark um Fr. 2'000.-- beim Konto 1342.3651 zu kürzen, wird mit 15 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Hanspeter Belloni, SVP: 1343.3180 Dienstleistungen Dritter: Dieses Konto nimmt sogar um Fr. 7000.-- zu. Mein Antrag auf Reduktion um Fr. 5'000.--.

Stadtrat Reto Stäheli: Das hat nichts mit dem Gastrokonzept zu tun, sondern wir haben den Ausbau im W-Lan, wie dort deklariert getätigt und das ist eine Forderung, die von den Hafenplatzmietern gekommen ist, die haben wir jetzt umgesetzt. Wie du siehst, ist der Hafen positiv in der Rechnung. Ich bitte sie, diesen Betrag so zu belassen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich bin einverstanden damit, dass dieser Beitrag so im Budget bleibt, vor allem im Hinblick auf die Gebührenerhöhung im Hafen. Wenn wir im kommenden Jahr eine Vorlage des Stadtrats erhalten mit wesentlichen Gebührenerhöhungen, dann ist es eine Notwendigkeit, dass da auch eine gewisse Dienstleistung damit verbunden ist. Aus diesem Grund sage ich ja, zu dieser Komfortverbesserung.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP, Konto 1343.3180 um Fr. 5'000.-- zu kürzen, wird mehrheitlich abgelehnt.

1350 Camping

Lukas Graf, Präsident FGK: Trotz der anstehenden Unterhaltsarbeiten vertritt die FGK die Ansicht, dass der Bereich 1350 Camping nicht defizitär sein darf und stellt den Antrag, den Nettoaufwand um Fr. 18'800.-- zu kürzen. Dies entspricht einer Haben-Position von Fr. 15'000.--. Dies auch aufgrund der Erträge der vergangenen Jahre und der Massnahme der 4.3.13 Camping in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung. Diese sieht nämlich einen jährlichen Ertrag von Fr. 50'000.-- vor.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: In den Unterlagen der FGK konnte man lesen, dass der Stadtrat zu früherer Zeit einmal der Primarschulgemeinde Stachen diesen Sportplatz zum Kauf angeboten habe, man aber nicht handelseinig geworden sei. Ich bitte den Stadtrat, doch zu überlegen oder allenfalls zu prüfen, ob eine Vergabe im Baurecht an die Primarschulgemeinde Stachen eine Möglichkeit wäre. Der Baurechtszins könnte meiner Meinung nach auf Fr. 1.-- beschränkt werden. Dann gäbe man das Land nicht aus der Hand, und die Primarschule, die ja daneben ist, wäre dann auch zuständig für den ganzen Unterhalt der Anlage.
Stadtmann Andreas Balg: Peter Gubser, der Stadtrat hat bereits beschlossen, hier nochmals aktiv zu werden. Wir wollen versuchen, hier eine Lösung zu finden, wie auch immer sie dann aussieht.

1356 Veranstaltungen:

Lukas Graf, Präsident FGK: Die FGK beantragt, den Nettoaufwand um Fr. 20'000.-- zu kürzen. Insbesondere bei grösseren Veranstaltungen sollten Mehreinnahmen bei den Verträgen aus Dienstleistungen erzielt werden können.

14 Gesundheit

1410 Kranken- und Pflegeheime:

Lukas Graf, Präsident FGK: 1410.3310 Ordentliche Abschreibungen: Wie sie aus dem im Budget ersehen, erhöht sich der Saldo aufgrund der Investitionsbeitrages an das Pflegeheim Sonnhalden.

Die FGK hat sich beim Stadtrat erkundigt, ob es möglich wäre, diesen Betrag auf 20 Jahre abzuschreiben, was der Stadtrat bejaht hat, deshalb hier die Kürzung um Fr. 50'000.--, Abschreibung auf 20 Jahre.

Tobias Zürcher, FDP: Diese Massnahme ist eine reine Beschönigung des aktuellen Ergebnisses zu Gunsten späterer Ergebnisse und bringt uns finanziell rein gar nichts. Deshalb empfehle ich diesen Antrag zur Ablehnung.

://: Der Antrag der FGK auf Kürzung von Fr. 50'000.--, wird mehrheitlich angenommen.

Arturo Testa, CVP/EVP: Konto 1540.36511 Beitrag Spielgruppe Arbon – Frasnacht haben wir eine Verständnisfrage an den Stadtrat. Wie ist diese Position entstanden, da sie erst seit dem Voranschlag 2014 erscheint? Sind die Schulgemeinden an den Kosten beteiligt? Ist eine mögliche Einquartierung der Gruppe in die städtischen Liegenschaften, zum Beispiel Schloss Arbon, in Betracht gezogen worden?

Hier ein Querverweis. Diese Fr. 9'000.-- wären schon die erste Rate von den Fr. 20'000.--, die mehr gefordert werden.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig: Ich will kurz darauf eintreten. Die Spielgruppe Frasnacht Arbon war bei der Primarschulgemeinde angesiedelt und konnte dort wirken. Der geplante Neubau fordert eine Neuorientierung, ein neues Lokal. Demzufolge sind die Kosten gestiegen und der Stadtrat hat sich bereit erklärt, das zum zweiten Teil ihrer Frage, zusammen mit der Schulgemeinde beim Büro Witzig (etwas Werbung darf sein), die die Räume dazu zur Verfügung gestellt hat, zu Vorzugskonditionen sich dort einzumieten. Das ist der Beitrag, den die Stadt jetzt leistet.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Da die Zeit jetzt schon sehr weit fortgeschritten ist, machen wir eine Pause. 21.15 Uhr treffen wir uns wieder hier im Saal.

Fortsetzung um 21.15 Uhr

Präsidentin Christine Schuhwerk: Fahren wir fort mit dem Konto 1542 Kinder- und Jugendarbeit.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ausgehend von der Massnahme 4.3.18 in der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung beantragt die FGK, den Nettoaufwand bei der Kinder- und Jugendarbeit um Fr. 21'700.-- auf 220'000.-- zu kürzen.

Roman Buff, CVP/EVP: Diese Kürzung der FGK um CHF 21'700.-- betrachtet unsere Fraktion als sehr problematisch.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiger Standortfaktor der Stadt Arbon. Zudem ist sie direkte Prävention und bewirkt mittel- und langfristig Kosteneinsparungen im sozialen Bereich. Es wird also mit kurzfristigem Sparsenden eine langfristige Kosteneinsparung verhindert. Die von der FGK vorgeschlagene Kürzung hätte faktisch einen Stellenprozentabbau bei der Kinder- und Jugendarbeit zur Folge. Gegenwärtig verfügt die Kinder- und Jugendarbeit über 240 Stellenprozente. 40 Prozent werden entgeltlich für Steinach eingesetzt. Mit diesen 200 Stellenprozenten wird der Jugendtreff geführt, die aufsuchende Arbeit bewältigt und folgende Projekte realisiert: Ferien-Spass, Respektstadt, Alkoholprävention, Clean Day Weiher, Jugendwoche, Graffiti usw. Es lohnt sich, den eindrücklichen Jahresbericht des Vereins Kinder- und Jugendarbeit 2013 zu studieren.

Zudem muss das Konto 1542.4361 Rückerstattungen (Diverse) beachtet werden. „Diverse“ ist eigentlich nicht ganz korrekt, da es sich dabei nur um den Verein Kinder- und Jugendarbeit handelt. Dieser hat 2013 Fr 16'500.-- zurückbezahlt und für 2015 sind Fr. 20'000.-- budgetiert. Also Chapeau, das ist doch ein grosser Betrag für einen Verein.

Zusammengefasst dürfen wir es uns nicht leisten, ein äusserst erfolgreiches Konzept mit dieser Einsparung kaputt zu machen. Deshalb der einstimmige Antrag der CVP/EVP-Fraktion, diesen FGK-Antrag, den Beitrag an die Kinder- und Jugendarbeit um F. 21'700.-- zu kürzen, abzulehnen.

Hanspeter Belloni, SVP: Besten Dank Roman Buff für deine Worte. Von etwas kaputt machen kann überhaupt keine Rede sein. Sie kennen sicher die Vereine der Pfadi, Jungschar. Blauring, alle Vereine, die aktive Kinder- und Jugendarbeit betreiben.

Meine Frage ist eher, ob die Stadt diese Vereine untergraben möchte. Soll der Verein Kinder- und Jugendarbeit Auffangbecken sein, beziehungsweise werden, wenn die Vereine von der Stadt kein Geld mehr bekommen. Wieviel Aktionitis braucht denn Arbon bei den Jugendlichen? Wo bleibt die Eigenverantwortung der Eltern? Die Leistungsüberprüfung fordert jetzt ja selber, einfrieren und dann ein neues Konzept erarbeiten. Im Übrigen, Roman Buff zu deiner Information, früher war das eine 30-Prozent Stelle und hat auch funktioniert. Ich bitte sie, den Antrag der FGK zu unterstützen.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Bei unseren Entschädigungen haben wir es wegen Uneinigkeiten verpasst, einen Kompromiss zu erzielen. Folge ist, dass beim Parlament und dem Stadtrat überhaupt nicht gespart wird, was ich ja eigentlich nicht richtig finde.

Bei der Kinder- und Jugendarbeit bin ich eigentlich der letzte, der sparen will. Es gibt Weitere, die keine Kürzung wollen, es gibt aber auch offensichtlich andere, die die massive Kürzung der FGK unterstützen. Deshalb beantrage ich ihnen einen Kompromiss, nämlich, dass der Betrag für die Kinder- und Jugendarbeit gleich hoch wie in der Rechnung 2013 belassen wird, nämlich bei Fr. 233'000.--.

Ich sehe ein, dass in der finanziell angespannten Lage ein Ausbau der Tätigkeiten bei der Kinder- und Jugendarbeit nicht ideal ist. Die von der FGK vorgeschlagene Kürzung geht unserer Fraktion aber zu weit und richtet mehr Schaden an, als man glaubt, einzusparen. Mit diversen Projekten fördert die Kinder- und Jugendarbeit die Bewegung und hilft somit, die Gesundheitskosten tief zu halten. Weiter lernen die Kinder einen respektvollen Umgang mit der Umwelt, womit wir dafür sorgen, dass unsere Stadt sauber bleibt. Auch hier sparen wir Kosten. Abfall und Vandalismus zu verhindern ist nämlich einfacher und günstiger, als entstandenen Schaden zu beheben. Am wichtigsten scheint uns aber der Einsatz der Kinder- und Jugendarbeit für einen respektvollen Umgang mit den Mitmenschen, womit eine gewaltlose Konfliktbewältigung gefördert wird. Als Beispiel möchte ich hier den Fall Carlos erwähnen: Das Sondersetting für den gewalttätigen Jugendlichen kostete gemäss der Justizdirektion des Kantons Zürich den Staat im Monat Fr. 29'200.--. Die FGK schlägt vor, Fr. 21'700.-- in einem Jahr einzusparen. Ich hingegen meine, es sei klüger, mit guter Kinder- und Jugendarbeit soviel Kosten pro Monat einzusparen.

Ich bitte sie deshalb, den Antrag der FGK abzulehnen und stattdessen meinem moderateren Kürzungsantrag zuzustimmen.

Jacob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe heute Abend einen Satz gelernt, der heisst: ich gebe nicht auf. Ich gebe auch nicht auf, mich für die Jugend von Arbon einzusetzen. Überrascht musste ich zur Kenntnis nehmen, dass die FGK plant, bei der Kinder- und Jugendarbeit zu kürzen. Eine Stadt ohne Jugendangebot, für mich und für euch natürlich, unvorstellbar.

Die Budgetstreichung führt dazu, dass weniger Projekte durchgeführt werden können. Die Betreuung der geschlechterspezifischen Programme könnten schwieriger werden. Es ist wichtig, dass jeweils eine Frau und ein Mann als Jugendarbeiter tätig sind. So haben Knaben und Mädchen einen guten Ansprechpartner. Bei welchen Projekten auch immer, Roman Buff hat sie bereits aufgezählt, daher verzichte ich darauf, ergänze es aber noch mit dem neusten Projekt, Ersatzgrosseltern / "mit mir", das ist eine Zusammenarbeit mit der Caritas Thurgau. Wenn wir von Streichung reden, dann rede ich von gewissenlosem Leichtsin, von Pflichtvergessenheit, sogar von Verantwortungslosigkeit.

Ich gehe davon aus, dass kein Mitglied der FGK die Webseite der KJA besucht hat, bevor sie die Kürzung zum Abschuss frei gegeben hat. Hier, liebe FGK, habt ihr euch sehr vertan, denn wer in der Prävention spart, zahlt immer eine höhere Rechnung. Gaby, Monika und Cornelius machen sehr gute Arbeit. Sie sind überall geschätzt und willkommen. Die heutige Jugend ist nicht zu

beneiden. Keine vorher hatte so viele Möglichkeiten. Keine vorher hatte so viele Freiheiten. Keine vorher hatte so viel individuellen Freiraum. Keine vorher hatte eine so komplizierte Landkarte. Keine vorher hatte so teilweise verantwortungslose Politiker. Ich schliesse mich daher dem Antrag von Roman Buff an für Ablehnung des FGK-Antrags.

Elisabeth Tobler, SVP: Verantwortungslosigkeit, Jacob Auer, wo ist diese? Bei den Politikern? Ich denke nicht, sondern da fängt es zu Hause an. Kürzungen sind möglich, das stellt die Leistungsüberprüfung fest. Deshalb hat auch die FGK sich sehr intensiv mit dieser Position befasst und ist zum Schluss gekommen, dass da eine Kürzung wirklich möglich ist. Ohne Jugendarbeit geht es nicht. Wir haben sehr viele Vereine. Jeder Jugendliche hat die Möglichkeit, in einem Verein Mitglied zu werden und dort seinen Turnunterricht zu machen und nicht bezahlterweise von der Jugendarbeit „Sonntagsturnen“ oder wie das heisst zu profitieren.

Ich finde den Hinweis auf „Carlos“ von Herrn Heller sehr populistisch, weil mit einem solchen Fall, das stimmt, kann man operieren. Es gibt sehr viele Jugendliche, die sind genau nicht in dieser Sparte zu finden. Wenn ein solcher Fall eintritt, dann kann auch die Präventionsarbeit dies nicht wirklich verhindern. Dieser Meinung bin ich. Respekt ist ein Thema, Respekt lernt man zu Hause, Respekt lernt man in der Schule, Sauberkeit, Rücksichtnahme auf die anderen, und so weiter und so fort. Es hat tausende Lehrkräfte, bei denen die Kinder das jeden Tag lernen. Dazu brauchen wir nicht Angestellte in einer Stadt, das ist meine Meinung. Im grossen und ganzen finde ich einfach, wir sollten diesen Antrag unterstützen. Das ist ein Jahr und ich denke, nächstes Jahr kann man wieder darüber verhandeln. Wenn wir vom Budget her die Möglichkeit haben, kann man Prävention vom mir aus erhöhen, habe ich nichts dagegen. Wir sind jetzt aber in einer Situation, da muss man auch hier sparen. Ich glaube kaum, dass nachher die Hälfte der Jugendlichen nicht mehr anständig ist. Ich habe grosses Vertrauen in die Jugend.

Vizestadtammann Patrick Hug: Ich bitte sie im Namen des Stadtrates, den Kürzungsantrag der FGK bei der Kinder- und Jugendarbeit in der Höhe von Fr. 21'700.-- abzulehnen. Die Kinder- und Jugendarbeit leistet wertvolle Arbeit in Bezug auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen. Wie in der Diskussion bereits erwähnt wurde, ist dies eine direkte Prävention, um mittel- und langfristig Kosteneinsparungen in der öffentlichen Sozialhilfe zu erreichen. Wir möchten damit aber keine Vereinsarbeit untergraben, Hanspeter Belloni und Elisabeth Tobler. Vielmehr sind sämtliche Projekte der Kinder- und Jugendarbeit fremdfinanziert, belasten also den städtischen Haushalt nicht. Die geleistete Arbeit ist von so hoher Qualität, dass sich auch die Gemeinde Steinach der Kinder- und Jugendarbeit Arbon angeschlossen hat mit entsprechender Kostenabgeltung. Überdies zahlt der Verein aus seiner Rechnung jährlich einen steigenden Beitrag an die Stadt, im Budget 2015 sind Fr. 20'000.-- vorgesehen, also beinahe der Betrag, der nun gekürzt werden sollte. Sollten die Fr. 21'700.-- eingespart werden müssen, so hätte dies faktisch einen Stellenabbau von rund 30 Prozent zur Folge. Lassen sie mich das Ganze bildlich darstellen: Wir haben ein neues, qualitativ gutes Haus erstellt. Und nun sollen einige grosse Steine herausgebrochen werden, nur um die Rechnung bezahlen zu können. Im Haus wird es bald kalt, es droht zu verlottern und vor allem wird dann allmählich auch die Statik angegriffen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Es sind diverse Anträge da, nur ein Antrag ist anders, der Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso. Ich werde jetzt zuerst diesen Antrag gegenüber dem Antrag der FGK stellen. Anschliessend werde ich den obsiegenden dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen.

://: Der Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, beim Konto 1542, den Betrag vom Jahr 2013, Fr. 232'179.90, einzusetzen, wird mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Ich stelle nun den Streichungs-Antrag der FGK gegenüber dem Antrag des Stadtrats.

://: Dem Antrag des Stadtrats, das Konto 1542 im Voranschlag mit Fr. 241'700.-- zu belassen, wird mit 16 zu 12 Stimmen zugestimmt.

15 Soziale Wohlfahrt

Roland Schöni, SVP: Konto 1581 Öffentliche Sozialhilfe: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, den Bereich Öffentliche Sozialhilfe um Fr. 100'000.-- zu reduzieren. Sie werden sagen, ausgerechnet die SVP stellt diesen Antrag, die bei den Sitzungsgeldern keinen Cent sparen will,

will bei den anderen sparen, bei sich selbst aber nicht. Wir haben diesen Gegensatz gut studiert, weil es gar kein Gegensatz ist. Sie können uns dieses Thema noch den ganzen Abend um die Ohren hauen.

Nun zur Begründung meines Antrags. Schon seit Jahren wird uns immer wieder gesagt, dass an diesen Ausgaben nicht gespart werden könne, obwohl vergleichbare Gemeinden das Gegenteil beweisen, und sie den genau gleichen Bedingungen und gesetzlichen Vorgaben unterworfen sind. Es wird von Jahr zu Jahr mehr und es kommt der Punkt, wo die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mitmachen. Jetzt kommt natürlich sofort wieder der Einwand, ja dann sagt uns, wo wir sparen sollen, bei welchen Positionen genau. Wir können es nicht. Wir wissen nicht genau, wo es noch Luft drin hat, es hat aber noch Luft, davon bin ich überzeugt. Wenn ich in der Familie sparen will, weil die Ausgaben jedes Jahr mehr werden, frage ich auch nicht den Nachbar, wo ich sparen soll. Die zuständigen Leute, wie Amtsleitung und politisch Verantwortliche wissen, wo man diese Fr. 100'000.-- einsparen kann. Arbon unterstützt, mit Stand Juli, 436 Personen in der Sozialhilfe. Davon sind 131 Personen jünger als 20 Jahre und 20 Personen älter als 60 Jahre. Was denken sie, wo hier was gespart werden könnte, oder zumindest Leistungen abgebaut werden könnten, die nicht zwingend sind und die bei einer Abkehr von den SKOS-Richtlinien viel straffer gehandhabt werden könnten. Es kann ja nicht sein, dass wir Volksvertreter im Sozialamt persönlich vorbei gehen und Ausgaben streichen. Wenn wir das könnten, würde ich einen dicken roten Stift mitnehmen.

Versuchen wir einmal eine solche massive Kürzung durchzuziehen, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen und auch den Mut haben, unangenehme Entscheide zu treffen. Dies ist nicht nur ein Kürzungsantrag der SVP, sondern sollte ein Sparantrag von allen Mitgliedern dieses Parlaments sein, die mit ihrer Zustimmung klar machen, dass es so nicht weiter gehen kann. Wir jubilieren nicht, wenn dieser Sparantrag durchgeht, sondern es ist eine Notwendigkeit, um zu zeigen, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Es ist eine Notwendigkeit, Roland Schöni, dass wir die Schwächsten unserer Gesellschaft unterstützen. Ich finde, es brauche eigentlich nicht sehr viel Mut, einer alleinerziehenden Mutter Fr. 100.-- oder Fr. 200.-- wegzunehmen und zu sagen, sie solle jetzt mit weniger Geld auskommen. Wir wissen aus Statistiken, dass ein grosser Teil der Betroffenen bei den Nutzniessern der Sozialhilfe Kinder sind. Roland Schöni, du weisst ja eigentlich auch aus diversen Publikationen, wie sich Kinder entwickeln, die in Armut leben müssen, welche Folgen das für die Kinder hat, welche Folgen das für die Gesellschaft hat. Diese Folgen, jetzt da die Schraube noch mehr anzudrehen, da mache ich nicht mit.

Wieso sind denn jetzt diese Kosten so enorm gestiegen in den letzten Jahren? Weil die Arbeitslosen-Versicherung, die Invaliden-Versicherung in verschiedenen Punkten geändert wurden, und am Schluss bezahlt die Gemeinde. Bei der Gesetzesrevision dieser beiden Sozialwerke, bei den Eidgenössischen Abstimmungen, kam klar zum Ausdruck, dass, wenn dort gespart wird, nachher am Schluss die Gemeinde zahlen muss. Das ist jetzt der Fall.

Wenn wir jetzt hier diesen Gesamtbetrag um Fr. 100'000.-- reduzieren, erreichen wir nämlich gar nichts. Die Vorgaben sind rechtlich bindend, das ist Schönfärberei, wenn wir da jetzt reduzieren. Ich bin vielmehr der Meinung, dass das Budget in diesem Bereich zu rosarot gemacht wurde. Wenn ich sehe, dass der Nettoaufwand in der Rechnung 2013, also die Mehrausgaben, 3,7 Mio. Franken betragen, und jetzt nach aktuellem Stand, anfangs Dezember, der Nettoaufwand für elf Monate 4,7 Mio. Franken beträgt, dann glaube ich, dass der Budgetbetrag, Nettoaufwand 2015, von 4,25 Mio. Franken zu niedrig angenommen wurde. Die wirtschaftliche Situation hat sich gegenüber einem halben Jahr nicht geändert.

Letztlich müssen die Leute von der Stadt und von der Fürsorge diese Zahlen verantworten. Ich finde es aber unglücklich, wenn wir dann im Frühjahr 2016 feststellen müssen, dass auch 2015 nochmals mehr Leute betroffen sind und die Auslagen grösser sind. Dann wird Zeter und Mordio geschrien, die rahmen ab, dabei hat man, vorsichtig ausgedrückt, zu rosig budgetiert. Ich bitte sie, diesem Antrag von Roland Schöni nicht Folge zu leisten.

Cyrill Stalder, FDP: Für einmal hat Peter Gubser absolut recht. Die FGK-Version vom Budget Soziales wurde auf rosarotes Papier gedruckt, entsprechend ist es wahrscheinlich so. Mein Hinweis einfach noch der, Roland Schöni: Mischa Vonlanthen hat uns das aufgearbeitet, welche Positionen aufgrund von gesetzlichen Bedingungen nicht veränderbar sind. Du kannst jetzt zusammenzählen in diesem Budget Soziales solange du willst, vor- und rückwärts, die gesetzlich gebundenen Ausgaben machen die Mehrheit aus. Da können wir nicht einfach hingehen und sagen, wir machen jetzt etwas anderes. Im Kanton Thurgau ist es so, dass die SKOS-Richtlinien bindend sind, da können wir uns nicht darüber hinwegsetzen. Da bringt ein Antrag, in dieser Position um Fr. 100'000.-- zu kürzen, rein gar nichts und ist reine Spekulation und irgendwelches Lesen in irgendwelchen Glaskugeln. Das dürfen wir nicht machen, wir müssen uns auf die Zahlen verlassen, die da hochgerechnet wurden.

://: Der Antrag von Roland Schöni, SVP, das Konto 1581 Öffentliche Sozialhilfe um Fr. 100'000.- zu reduzieren, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1620.3144 Strassenreinigung/Entwässerung: Baulicher Unterhalt: Die FGK stellt den Antrag, den Betrag um Fr. 24'000.-- zu kürzen und dann den durchschnittlichen Verbrauch der letzten drei Jahre anzupassen.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich hätte einen Antrag zu stellen zu Konto 1620. Gemeindestrassen, konkret 1620.3145 Gemeindestrassen, Bodenmarkierungen: Baulicher Unterhalt: Ich stelle einen Antrag um eine Kürzung von Fr. 30'000.-- auf neu Fr. 50'000.--.

Mit Eröffnung der NLK ist ein regelrechter Aktionismus auf den Arboner Strassen ausgebrochen, Es wird flächendeckend bemalt, übermalt und umgemalt. Dadurch ist eine nicht mehr durchschaubare Übersignalisation entstanden, die statt mehr Sicherheit vor allem Unsicherheiten schafft. Diese allgemeine Verunsicherung fördert falsches Verhalten und somit neue Gefahren. Es ist höchste Zeit erst, mal wieder Luft zu holen, schauen was gut und sinnvoll ist und auf was verzichtet werden kann.

Aus diesem Grund sind wir überzeugt dass etwas weniger im Endeffekt eher mehr sein wird und bitten euch, uns zuzustimmen und diesen Budgetposten um Fr. 30'000.-- zu kürzen.

Stadtrat Reto Stäheli: Es ist nicht einfach so, dass wir aus Juxerei malen müssen. Wir haben eine Auflage, dass wir die Nachmarkierung machen müssen, das heisst: Zebrastreifen, Längsmarkierungen, 30er Zonen müssen wir zeichnen und die müssen sichtbar sein. Wenn Unfälle darauf passieren, und diese nachweislich nicht richtig gekennzeichnet waren, kann die Stadt haftbar sein. Ich bitte sie darum, diese Position so zu belassen. Ich habe bei der vorherigen Position, die die FGK beantragt hat, nichts gesagt, dort können wir von uns aus versuchen zu optimieren. Dort habe ich Hand geboten.

://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, Konto 1620.3145 um Fr. 30'000.-- zu kürzen, wird mit 14 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe nochmals einen Streichungs- bzw. Kürzungsantrag. Konto 1620.3146 Gemeindestrassen Pflästerungen und Beläge: Baulicher Unterhalt: Ich stelle den Antrag auf Kürzung von Fr. 50'000.-- auf neu Fr. 250'000.--.

Wir beantragen diese Kürzung da, in Anbetracht der knappen Finanzen wir überzeugt sind, dass in diesem Konto ruhig etwas weniger ausgegeben werden kann. Der bauliche Unterhalt von Pflästerungen und Belägen ist grösstenteils als Luxus zu betrachten.

Für nötige Unterhaltsarbeiten bleibt weiterhin eine Viertelmillion im Budget. Ich bitte um Zustimmung.

Stadtrat Reto Stäheli: Auch hier kann ich nur darauf hinweisen, wir haben im Durchschnitt über die letzten Jahre Fr. 300'000.-- budgetiert. Einmal ist es etwas über dem budgetierten Betrag,

einmal etwas darunter. Wir sind ja verpflichtet, offene Beläge zu schliessen, denn wenn ein Unfall passiert durch einen Fussgänger, sind wir haftbar. Ich will auch darauf hinweisen, dass wir Reparaturen an der Seestrasse im Stadtrat auf das Jahr 2016 hinausgeschoben haben. Dort sieht es nämlich relativ schlecht auch, einige von ihnen werden das wissen. Wir erwarten dort nach dem Winter einige Reparaturen, die auch auf dieses Konto gehen werden. Ich bitte sie, diese Fr. 300'000.-- auch im Budget zu belassen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Es geht nicht darum, keinen Strassenunterhalt mehr zu machen. Es geht darum, das Wesentliche vom Wünschbaren zu trennen. Wenn ich sehe, was zur Zeit gemacht wird auf unseren Strassen, zum Beispiel einen Kreisel beim Rosasco-Platz, bei der Einmündung des Saurer Quais, dann muss ich sagen, da hat irgendjemand nicht gemerkt, dass wir eigentlich sparen müssten. Ich bin überzeugt, wir können unsere Gemeindestrassen unterhalten, wir können die gut unterhalten, aber müssen keine goldenen Randsteine einbauen. Das heisst, wir beschränken uns auf das Wesentliche, wir beschränken uns auf die Sicherheit, da bin ich mit dir völlig einig. Ich bitte sie, dem Antrag von Inge Abegglen zu folgen.

Cyrrill Stadler, FDP: Ich glaube, es ist wie überall, wenn man beim Unterhalt spart, kommt irgendwann die Retourkutsche. Ich glaube nicht, dass das zielführend ist, wenn wir an dieser Budgetposition etwas ändern. Ich plädiere dafür, diesen Antrag abzulehnen.

://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1620.3146 um 50'000.-- auf Fr. 250'000.-- zu kürzen, wird mit 18 zu 10 Stimmen angenommen.

16 Verkehr

Keine Bemerkung

17 Umwelt und Raumordnung

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1871 Fachstelle Umweltschutz: Die FGK bedauert es, dass der Beitrag der Arbon Energie in der Höhe von Fr. 50'000.-- im Jahr 2015 wegfallen soll. Unter Berücksichtigung des Nettoaufwands der vergangenen drei Jahre und mit der Aufforderung an den Stadtrat, sich für die Erhaltung der Beiträge einzusetzen, beantragt die FGK hier eine Kürzung um Fr. 25'7000.--.

Stadtammann Andreas Balg: Der Beitrag der Arbon Energie, kann, und zwar gesetzeskonform, nicht mehr bezahlt werden. Das heisst, diese Einschränkungen, die mit diesen Fr. 50'000.-- gemacht werden, haben direkten Einfluss auf die Möglichkeiten, insbesondere Förderbeiträge und damit auf das Energie Label. Das sind einschneidende Massnahmen. Wenn das Parlament das so will, wird die Rezertifizierung und zumindest der Aufstieg zum Goldlabel nicht erreicht werden.

Lukas Graf, Präsident FGK: Die FGK beantragt bei diesem Konto eine Kürzung um Fr. 10'000.--, Sparpotenzial sieht die FGK unter anderem bei den Kommissionen sowie der Orts- oder Grünplanung.

18 Volkswirtschaft

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1830.36560 Beiträge an Anlässe: Aufgrund der vergangenen drei Jahre beantragt die FGK bei diesem Konto eine Reduktion um Fr. 6'000.--.

Stadtammann Andreas Balg: Eine Kürzung hätte zur Folge, dass wir Anlässe in Arbon, wie Kantonales Pfadfindertreffen, Apéros von kantonalen und nationalen Verbänden nicht mehr unterstützen können, oder Beiträge für Veranstaltungen wie Arbon Classics und SlowUp empfindlich reduzieren müssten. Das erscheint mir kleinlich und wir würden unseren Ruf als guter Gastgeber verlieren.

Lukas Graf, Präsident FGK: Ich spreche hier gleich zu drei Anträgen: Konto 1840.3180 Öffentlichkeitsarbeit, Konto 1840.3181 Standortmarketing und Konto 1840.3185 Einwohneranlässe. Es handelt sich natürlich um drei separate Anträge. Die FGK ist der Ansicht, dass man die Kosten bei diesen drei Konten leicht zurückfahren kann, ohne die Leistungserbringung der Stadt massgeblich zu beeinträchtigen und beantragt deshalb bei der Öffentlichkeitsarbeit, dem Standortmarketing und bei den Einwohneranlässen jeweils eine Kürzung um Fr. 5'000.--.

Stadtammann Andreas Balg: Auch hier geht es um Konten, die bereits von unserer Seite erste Reduktion erfahren haben mit entsprechenden Konsequenzen. Beispiel zur Öffentlichkeitsarbeit: Hier braucht es mit der Neubesetzung des Stadtrats und dem aktuellen Stand der Inhalte, eine neue Neuzuzügerbroschüre, die erarbeitet werden muss, darauf kann man nicht verzichten. Eine allfällige Kürzung würde dann zu Kontoüberschreitungen führen.

Im Standortmarketing wurde bereits von unserer Seite um Fr. 10'000.-- reduziert. Hier würden Projekte und Weiterentwicklungen, beispielsweise im Bereich Mobilitätsmanagement, verloren gehen.

Ein Hinweis auch zu den Einwohneranlässen: Die Neujahrsbegrüssung mit 400 bis 600 Gästen, Jungbürgerfeier mit 20 bis 30 Teilnehmern, 1. Augustfeier mit bis zu 700 Teilnehmern, Neuzuzügerbegrüssung mit 70 bis 100 Gäste, insgesamt ist grosses Interesse und eine gute Beteiligung vorhanden. Das sind die vier Anlässe, die wir unseren Arboner Bewohnerinnen und Bewohnern zukommen lassen. Ich bin sicher, jeder von ihnen kennt diese Veranstaltungen aus eigener Erfahrung. Wenn sie das Gefühl haben, diese Anlässe sind zu festlich oder die Stadt sei zu grosszügig, können sie dies nun ändern.

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Es tut mir leid, ich kann mich nicht mit dem anfreunden, dass man an solchen Image-Anlässen einfach sparen will. Das sind Anlässe, wovon alle Arbonerinnen und Arboner profitieren und wo sie sich zusammenfinden können, miteinander reden können. Es sind gesellschaftliche Anlässe, und an diesen Orten möchte man sparen. Ich sehe es nicht ein, aber an Strassenbemalungen, da findet es man überhaupt nicht nötig, da malt man lustig darauf los. Wenn es aber um einen gesellschaftlichen Anlass geht, dann will man sparen. Ich versteh die Welt nicht mehr.

://: Dem Antrag der FGK, das Konto 1840.3180 Öffentlichkeitsarbeit um Fr. 5'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://: Dem Antrag der FGK, das Konto 1840.3181 Standortmarketing um Fr. 5'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://: Dem Antrag der FGK, das Konto 1840.3185 Einwohneranlässe um Fr. 5'000.-- zu kürzen, wird grossmehrheitlich zugestimmt.

19 Finanzen und Steuern

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Sonnenblumenhaus hat die Stadt geschenkt bekommen und steht jetzt seit drei Jahren leer. Ich hatte die Gelegenheit vor zwei Monaten, das Gebäude von innen anzusehen. Mir ist klar, wieso man keinen Mieter findet, wenn man für dieses Objekt Fr. 4'000.-- pro Monat verlangt.

Ich bin überzeugt, dass man mit einem moderateren Mietzins, mit Verhandlungen der Denkmalpflege über allfällige Anpassungen im Innenausbau, einen moderaten Mieter gefunden hätte, der sicher zu einem positiven Gesamtergebnis dieser Liegenschaft geführt hätte.

In Anbetracht dessen, dass jetzt dieses Geschäft in eine Kommission kommt, des Parlaments, in der ich das Vergnügen habe mitzuarbeiten, stelle ich keinen Antrag, die Mietzinsen zu erhöhen. Ich stelle auch keinen Antrag den Verkauf aus dem Budget zu nehmen (man beachte Seite 32 bei den ausserordentlichen Aufwendungen). Ich bin überzeugt, dass man so nicht mit Geschenken umgehen kann, dass man so nicht mit Bürgerinnen und Bürgern, die dem Staat wohlgesinnt sind, umgehen kann. Ich bin aber überzeugt, das wird dann die Arbeit der Kommission zeigen.

Elisabeth Tobler, SVP: Konto 1995.4240 Buchgewinn Anlagen Finanzvermögen, Sonnenblumenhaus beantrage ich, das aus dem Budget herauszunehmen, weil ein Verkauf 2015 unwahrscheinlich erscheint.

Vizestadtammann Patrick Hug: Der Stadtrat hat an einer Medienorientierung und in einer Medienmitteilung ausführlich dargelegt, weshalb er das Sonnenblumenhaus verkaufen möchte. Es sind im Wesentlichen drei Gründe, welche diesen Entscheid reifen liessen, dass ein Verkauf die sinnvollste Handlungsoption darstellt:

1. Die Parzelle liegt in keinem strategischen Entwicklungsgebiet und beim Gebäude handelt es sich um ein ausgesprochenes Liebhaberobjekt mit grossem Kostenaufwand.
2. Die künftigen Kosten für den Gebäude- und den Gartenunterhalt liegen gemäss einer externen Schätzung bei annähernd Fr. 700'000.-- und stellen für den städtischen Haushalt eine zusätzliche, kaum mehr verantwortbare finanzielle Belastung dar.
3. Ein privater Investor, eine Stiftung oder eine Genossenschaft kann das Sonnenblumenhaus ebenso gut, wenn nicht gar besser unterhalten als eine Stadt wie Arbon mit stark eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten.

Ich bitte sie, das Sonnenblumenhaus im Budget 2015 zu belassen. Der Stadtrat begrüsst ausdrücklich die privaten Initiativen, welche nun ergriffen werden, möchte aber für sich, für die vorberatende parlamentarische Kommission und schliesslich auch für das Parlament selber alle Optionen offen halten, um schliesslich die für die Stadt Arbon beste Lösung finden zu können. Sie vergeben sich nichts, wenn sie diesen Betrag im Budget belassen. Denn schliesslich sind sie es, die über die weitere Zukunft des Sonnenblumenhauses entscheiden werden, allenfalls zuhänden einer Volksabstimmung. Die privaten Initiativen jedenfalls tönen sehr vielversprechend.

://: Der Antrag von Elisabeth Tobler, SVP, den Betrag beim Konto 1995.4240 Fr. 1'100'000.-- Mio. Franken aus dem Budget zu nehmen, wird mit 15 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Damit haben wir die Detailberatung der Laufenden Rechnung beendet. Den Finanzplan haben wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Damit kommen wir zur Beratung der Investitionsrechnung, die auf den rosa Seiten 1 bis 11 des Investitionsplans 2016-2018 ersichtlich ist:

Finanzvermögen

keine Bemerkung

1000 Allgemeine Verwaltung

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1020 13 506 Reorganisation Archivierung Stadtverwaltung, Reorganisation der Schriftgutverwaltung und Archivierung: Ich beantrage eine Streichung um Fr. 55'000.--.

Es ist keine Frage, das Schriftgut der Stadtverwaltung muss gewissenhaft verwaltet und archiviert werden, und das nicht erst seit letztem Jahr. Aber warum muss gerade jetzt, wo die Stadt, und es kommt ja nicht überraschend, in einen finanziellen Engpass läuft, eine derartige Reorganisation aufgelegt werden? Hat der Stadtrat die Zeichen der Zeit überhaupt nicht verstanden?

Er hätte doch selber einsehen müssen, dass die momentane Finanzlage solche Ausgaben nicht verträgt. Diese Reorganisation ist nicht absolut lebensnotwendig und kann ohne Verlust aufgeschoben werden. Ich bitte um Zustimmung meines Antrags auf Streichung von Fr. 55'000.--.

Bernhard Bertelmann, SP-Gewerkschaften-Juso: Man darf auch fraktionsintern unterschiedlicher Meinung sein. Die Reorganisation ist nicht nur seit gestern auf dem Tisch. Das wissen wir schon seit längerer Zeit. Archive sind sehr wichtig für unseren Staat, sie geben uns Rechtssicherheit. Sie hören auch im Radio, was passiert, wenn man die Archive vernachlässigt. Es gibt Rechtsunsicherheit, man kann gewisse Dinge nicht mehr nachvollziehen, und leider ist es so, dass viele Gemeindearchive vernachlässigt werden. Dann gibt es dann eben die Geschichten, wo man nicht nachvollziehen kann, wie war das mit den Vormundsentscheiden, wie war es mit anderen Verträgen. Aus meiner Sicht ist es für den Staat sehr wichtig, wenn man zu den Archiven Sorge trägt. Sie wirken leider im Hintergrund, man sieht sie nicht so gut, aber wegen dem sind sie nicht weniger wichtig. Ich bitte sie, dem Antrag von Inge Abegglen nicht zuzustimmen.

Riquet Heller, FDP: Ich möchte meinen Vorredner unterstützen. Nichts Peinlicheres als wenn der Staat, die Stadt kein Archiv hat. Ich hatte schon die unangenehme Aufgabe, mit der Stadt prozessieren zu dürfen, zu müssen, als ich noch Anwalt war, wo die Stadt mangels Unterlagen gebeten hat, meine Unterlagen, es waren Originalbelege des Klienten, kopieren zu dürfen, wieder Kopien zu überlassen für meinen Klienten und die Originale ins Archiv zu nehmen. Derart war die Ordnung und ich unterstütze deshalb sehr den Antrag von Kollege Bertelmann, dass die Archive unserer Stadt in Ordnung gehalten werden. Die sollen massgebend sein, und wir Privaten sollen uns an der Stadt orientieren können und nicht umgekehrt.

Stadtammann Andreas Balg: Hier möchte ich einfach darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht um eine freiwillige Übung handelt, sondern um einen gesetzlichen Auftrag, der bereits 2014, also in diesem Jahr gestartet wurde. Ein Projekt, das im Auftrag vergeben wurde. Es ist in unserer Situation, betreffend Archiv, auch dringend notwendig, und kaum sinnvoll, beziehungsweise möglich, innerhalb eines Projekts zu stoppen.

://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, das Konto 1020 13 506 Reorganisation Archivierung Stadtverwaltung mit den budgetierten Fr. 55'000.-- zu streichen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Lukas Graf, Präsident FGK: Konto 1029 8 506 Ersatz Fahrzeuge / Geräte: Wie angekündigt beantragt ihnen die FGK hier eine Kürzung von Fr. 40'000.-- für den Ersatz des Salzstreuaufsatzes. Auf Nachfrage der FGK bestätigen die Verantwortlichen des Ressorts Bau, dass diese Ersatzbeschaffung verschoben werden kann.

Hanspeter Belloni, SVP: Ich habe keinen Antrag, aber eine Frage, die mir Reto Stäheli vielleicht beantworten kann, betreffend Fahrzeuge. Wir haben ja gefragt, Alternativen, Grössen, Leasing, weiss ich was. Mir wurde zugetragen, dass ein Unimog angeschafft wurde für sehr viel Geld, der für höhere Berggebiete wäre. Meine Frage oder mein Feedback, vielleicht könnte man sich überlegen einfachere Fahrzeuge sich zuzulegen, die vielleicht nicht so teuer sind, oder eben Alternativen zu prüfen, wie Leasing oder so etwas.

Stadtrat Reto Stäheli: Besten Dank für die Nachfrage. Es ist nicht für höhere Berggebiete, sondern für unseren grossen Pfadschlitten, den wir auch noch im Einsatz haben. Der alte Saurer gibt den Dienst leider langsam auf und mit dem Oldtimer lässt sich nicht mehr gut Schnee pflügen. Das gleiche mit dem Salzstreuer, wir versuchen ihn über die Runde zu bringen. Wenn er aber dann wirklich aussteigt, müssen wir handeln. Darum können wir hier der FGK zustimmen.

1100 Öffentliche Sicherheit

keine Bemerkung

Elisabeth Tobler, SVP: 1351 3 503 Diverse Spielplätze: Ich habe hier Fotos, die man projizieren könnte. Mein Antrag betrifft in erster Linie den Spielplatz Frasnacht. Wir haben dort einen Spielplatz, leider kann man die Bilder nicht sehen, man würde auf diesen Bildern sehen, dass dort eine funktionstüchtige Rutschbahn ist mit dem entsprechenden Hügel. Es befindet sich dort auch ein Rundlauf, ein Klettergerüst, eine Röhre ist drin, hier können die Kinder herumkabbeln, der ganze Platz ist eigentlich schön gemacht. Nebenan ist gleich das Schulhaus, wo man grosse Ball- oder Mannschaftsspiele durchführen kann. Es ist für die kleinen Kinder etwas und für die grösseren ebenfalls. Ich möchte beantragen, diese Position um die Hälfte zu reduzieren, das heisst auf Fr. 60'000.-- zu kürzen. Somit hat man immer noch für kleinere Ergänzungen dieses Spielplatzes Möglichkeiten, etwas anzuschaffen, Fr. 120'000.-- sind in meinen Augen doch zu viel. Ich bitte sie, meinem Antrag zuzustimmen.

Remo Bass, CVP/EVP: Sollte hier für diese Fr. 120'000.-- ein Streichungsantrag vorgebracht werden, wird das von unserer Fraktion einstimmig abgelehnt. Dieser Betrag ist baulich wie finanziell für diesen Spielplatz in Frasnacht ausgewiesen und gerechtfertigt. Ausgewiesen, weil Frasnacht eine beachtenswerte Wachstumsrate verzeichnet, ausgewiesen, weil die Investitionen nötig und zweckmässig sind. Eine Ablehnung bedeutet einmal mehr Geringschätzung des Ortsteils Frasnacht und der Einwohner. Lassen wir hier nicht Machtgelüste, sondern die richtige Wertschätzung walten, zudem hat Frasnacht in den letzten Jahren nie mehr von Investitionen profitiert.

Claudia Zürcher, FDP: Ich möchte mich auch noch schnell dazu äussern. Es war letztes Jahr das gleiche Thema. Wir haben auch darüber abgestimmt und es wurde abgelehnt. Jetzt wird es wieder versucht und das, was jetzt Remo Bass sagt von Wertschätzung, ich finde es im Moment auch nicht angebracht, dies hier anzubringen. Wir haben letztes Jahr darüber gesprochen und ich habe mich dazu geäussert: alle Schulen in Arbon haben ihren eigenen Spielplatz auf ihre eigenen Kosten hergestellt. Sie haben kein Geld von der Gemeinde erwartet und bei Frasnacht sollen wir das jetzt ändern. Bei Frasnacht soll man jetzt eine Ausnahme machen, weil wir ja uns sonst gegenüber Frasnacht wertschätzend verhalten. Ja vielleicht könnte man auch von Solidarität reden, oder was weiss ich. Tatsache ist einfach, dass die Arboner Primarschule ihre Spielplätze selber berappt und keinen Franken von der Stadt beansprucht hat.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Claudia Zürcher, es ist natürlich nicht so, dass in Arbon alle Spielplätze von der Schule unterhalten würden, da wäre sonst Reto Stäheli glücklich. Da hätte er wesentlich geringere Aufwendungen. Es gibt auch in Arbon öffentliche Spielplätze, aber ich bin auch der Meinung, dass man sich vielleicht auf das Notwendige beschränken könnte. Elisabeth Tobler hat ja nicht einen Streichungsantrag gestellt, sondern sie hat einen Kürzungsantrag gestellt, und sie hat gesagt, man soll sich etwas nach der Decke strecken. Ich bin auch der Meinung, dass es vielleicht einfachere Geräte, oder etwas weniger teure Geräte geben würde, die einen ebenso grossen Spielplausch möglich machen.

Stadtrat Reto Stäheli: Nur noch zum Schluss: Wie sie den FGK-Unterlagen entnehmen können, ist eine Gruppe aus Frasnacht an uns herantreten mit einer Petition und 380 Unterschriften für einen öffentlichen Begegnungsort mit Spielgeräten. Ich finde, diesen dürfen wir schon unterstützen, es ist nicht nur ein Spielplatz, sondern auch ein Begegnungsort.

Elisabeth Tobler, SVP: Es ist ja nicht ein totaler Streichungsantrag, sondern ich denke, mit Fr. 60'000.-- kann man sicher etwas ganz schönes hinstellen. Es ist nicht so, dass dort gar nichts ist, es ist ein gemachter Platz, wie ich es gesagt habe mit bereits vorhandenen Geräten auf diesem Platz. Ich verstehe nicht, dass man nicht mit Fr. 60'000.-- einen schönen Spielplatz herstellen kann.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir kommen zur Abstimmung.

://: Der Antrag von Elisabeth Tobler, SVP, das Konto 1351 3 503 Diverse Spielplätze um die Hälfte auf somit Fr. 60'000.-- zu kürzen, wird mit 14 zu 14 Stimmen mit Stichentscheid der Präsidentin, abgelehnt.

Claudia Zürcher, FDP: Darf ich noch eine Frage an Stadtrat Reto Stäheli stellen zu diesem Spielplatz? Diese Gruppe war ja an dich herangetreten oder an euch herangetreten, und sie haben auch mitgeteilt, mir wurde das so gesagt, dass sie auch Eigenleistung erbringen. Ist das so, und wenn ja, weshalb hat man wieder denselben Betrag hineingenommen?

Stadtrat Reto Stäheli: Die Eigenleistung, die die Gruppe bringen kann, ist nicht im Fr. 10'000.-- Bereich, ist relativ günstig, sie wollen aber Eigenleistung bringen.

1400 Gesundheit

keine Bemerkung

1600 Verkehr

Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1620 62 501.1 Hauptstrasse/Promenadenstrasse Umgestaltung: Ich kann sie beruhigen, es ist mein letzter Antrag. Ich bitte sie um Streichung von Fr. 85'000.--. Auf Anfrage bei der Finanzverwaltung konnte ich in Erfahrung bringen, dass die Kosten für den Kreisel Rosascopplatz unter diesem Konto verbucht werden.

Wir sind überzeugt, dass dieser Kreisel völlig unnötig ist, zumal mit der neuen Strasse NLK sich der Verkehr auf der Bahnhofstrasse-Hauptstrasse massiv verringert hat. Auch wenn wir genügend Geld hätten, was wir aber nicht haben, brauchen wir dort keinen Kreisel. Wir bitten deshalb, die Fr. 85'000.-- aus dem Investitionsplan ersatzlos zu streichen.

Über die folgenden Kosten in den Jahren 2016 von Fr. 400'000.-- und 2017 von 1'380'000.--Mio. Franken, erwarten wir detaillierte Angaben über die Verwendung.

Stadtrat Reto Stäheli: Eine Frage, die Fr. 85'000.--, was soll das beinhalten? Wir reden von 1620 62 501.1 Planungs- und Baukosten, Hauptstrasse/Promenadenstrasse. Dort ist ja das Projekt Lebensraum Altstadt bei der Stadtentwicklung angesiedelt und das sind die baulichen Massnahmen, die aus diesem Projekt nachher umgesetzt werden. Ich kann dir das so nicht aus dem hohlen Bauch sagen, das ist dieses Jahr im Budget und so verabschiedet, nicht im Jahr 2015, mehr kann ich dir nicht zu diesem Konto sagen.

://: Der Antrag von Inge Abegglen, SP-Gewerkschaften-Juso, Streichung des Kontos 1620 62 501.1 Fr. 85'000.--, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Roland Schöni, SVP: Konto 1622 5 501 PP Hafendamm Bewirtschaftung, Planungs- und Baukosten: Fr. 200'000.-- sind hier eingesetzt. Diese Fr. 200'000.-- sind für eine neue Schrankenanlage, die jetzt im Investitionsplan ist. Ich stelle den Antrag, diese Fr. 200'000.-- herauszunehmen und vorerst nicht zu realisieren. Zum einen weiss man noch gar nicht, was wirklich auf dem Hafendamm alles realisiert wird. Der vordere Teil liegt immer noch brach und offenbar weiss der Stadtrat noch nicht, was man dort in Zukunft machen will, beziehungsweise, es gibt noch kein Konzept und noch keine Ideen dazu. Derzeit wird der Hafendamm mit einer zentralen Parkuhr bewirtschaftet. Eine Schrankenanlage betrachte ich zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht und denke, dass man diesen Betrag oder dieses Projekt auch später realisieren kann.

In Romanshorn wollte man das Gleiche machen, eine Schrankenanlage beim Hafen und dort wurde das Projekt aus Kostengründen fallen gelassen. Ich denke auch, und es wird auch angeführt, dass zu schnell gefahren, gerast wird, auch sonstige Unliebsamkeiten, die offenbar vorkommen. Ich stupe es als nicht derart gravierend ein und man kann vorläufig mit dieser Lösung leben. Daher plädiere ich für die Streichung dieser Fr. 200'000.--, bis ein richtiges Projekt existiert, beziehungsweise bis man weiss, was auf dem Hafendamm alles passiert und realisiert wird.

Stadtrat Reto Stäheli: Roland Schöni, du hast es angetönt, Raserei ist ein Thema dort unten, auch der ganze Abfall, Littering ist ein Riesenproblem und Nachtruhestörung.

Wir hatten in den letzten fünf, sechs Jahren sehr viel Reklamationen von Liegeplatz-Besitzern und von Gästen, die dort in den Nachtsunden gestört sind. Es ist schon vorgekommen, dass Pizzas und Bierflaschen auf die Schiffe geworfen wurden aus den fahrenden Autos. Darum hat sich der Stadtrat dazu durchgerungen, jetzt die Schranke einzubauen, die kostenneutral ist, das heisst die Fr. 200'000.-- werden aus der Spezialfinanzierung genommen für die Realisierung, die erste Position bezüglich Planungs- und Baukosten. Ich bitte sie aus diesem Grunde, diese Schranke dort zu bauen und die Budgetposition so zu belassen. Ich gebe das Wort noch an Andi Balg bezüglich Nutzung.

Stadtammann Andreas Balg: Der Stadtrat hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, den Hafendamm alternativ zu nutzen. Wir sind im Moment in der Prüfung einzelner Möglichkeiten.

Riquet Heller, FDP: Gilt das W-Lan-Argument betreffend Gebührenerhöhung im Hafen nicht auch hier, nämlich höherer Komfort, ruhige Lage im Hafen und dafür höhere Gebühren?

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wir stimmen über den Antrag ab.

://: Der Antrag von Roland Schöni, SVP, das Konto 1622 5 501 um Fr. 200'000.-- zu streichen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Konto 1625 77 501 Kreiselgestaltung Stadt Arbon: Es ist mir ein Rätsel, weshalb bei einem Defizit von über einer Million nicht auf die Investition von Fr. 25'000.-- für die Innengestaltung von Kreiseln verzichtet wird. Wir sprechen immer davon, Wünschbares von Notwendigem zu trennen. Schöne Kreisel sind wünschbar, aber ganz bestimmt nicht notwendig. Die Innengestaltung trägt schliesslich nicht einmal zu mehr Verkehrssicherheit bei, was der einzige Grund wäre, den Betrag im Investitionsplan zu belassen. Ich kann die Überlegung des Stadtrates zwar nachvollziehen, dass so im Falle einer Spende von Privaten bestehende Kreisel kostengünstig verschönert werden können, da die Stadt dann nur noch für die Montagearbeit aufzukommen hat. Ich bin aber überzeugt, dass Private auch in ein paar Jahren, wenn die Finanzlage unserer Stadt weniger angespannt ist, noch Interesse daran haben, ihre Werbung in einem Kreisel zu platzieren. Abgesehen davon ist Werbung in einem Kreisel, wie das AFG-Logo, sowieso verboten gemäss kantonalem Recht. Deshalb kann dieser Betrag bedenkenlos gestrichen werden. Ich bitte sie, meinen Antrag zu unterstützen.

./: Der Antrag von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso, Konto 1625 77 501, Fr. 25'000.-- zu streichen, wird mit 13 zu 11 Stimmen abgelehnt. (1 Person war kurzfristig abwesend)

Hanspeter Belloni, SVP: Konto 1651 1 501.1 Ortsbus Planungskosten: Wir haben die Antwort im Bericht der FGK gelesen ist wofür die Fr. 30'000.-- geplant sind. Die Einführung des Ortsbusses wäre ja bereits vorbei, wir hätten den Ortsbus bereits, und ich bin überzeugt und in der jetzigen Lage, ist die Akzeptanz an einem sehr kleinen Ort für den Ortsbus. Im Agglomerationsprogramm St. Gallen-Arbon-Rorschach ist zwar die Rede vom Ausbau des ÖV-Angebots, was wir ja teilweise haben oder haben werden, aber es war nie eine Auflage, einen Ortsbus einzuführen.

Aufgrund der geringen Akzeptanz zum jetzigen Zeitpunkt bin ich überzeugt, dass wir die Fr. 30'000.-- nach hinten schieben können und beantrage deshalb die Streichung von diesen Fr. 30'000.--.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich unterstütze den Streichungsantrag von Hanspeter Belloni. Diesen Dezember, am nächsten Wochenende, beginnt der Betrieb des Schnellbusses nach St. Gallen, und wenn alles gut geht, kommt in einem Jahr der Halbstunden-Takt mit den orangen Bussen der AOT. Lassen wir uns jetzt doch einmal Erfahrungen sammeln mit diesen zwei Verbesserungen, bevor wir bereits wieder von neuen Möglichkeiten und damit auch von sehr grossen Ausgaben sprechen. Ich bin auch der Meinung, man könne diese Planungskosten ruhig um ein oder zwei Jahre verschieben.

Stadtammann Andreas Balg: Der Begriff Ortsbus mag da etwas irritieren oder nicht ganz korrekt angebracht sein. Es geht in der Tatsache um die Überarbeitung des ÖV-Angebotskonzepts und diese Fr. 30'000.-- sind sehr gut investiert, denn wir haben die neue Situation, wir haben es gehört, der Schnellbus läuft ab 15. Dezember. Auch das Kantonsparlament hat die Mittel zur Verfügung gestellt für die 3-jährige Testphase der AOT-Verbindungen Amriswil-Romanshorn-Arbon.

Wir haben diese 3-jährige Testphase, die bewilligt wurde, wir sind knapp vor dem Entscheid, wann der Bushof gebaut wird und 2018 stehen Fahrplanänderungen an, die wieder bedacht, überlegt und neu geplant werden müssen. Es geht also weniger um eine konkrete Überprüfung des Ortsbusses, sondern es geht um eine Überarbeitung des ÖV-Angebot-Konzepts, eine schlanke Überarbeitung dieses Konzepts, um die weiteren Schritte da festlegen zu können. Es wäre sträflich, zwei Jahre zuzuwarten und dann sich Gedanken zu machen, weil uns dann die entsprechende Planung bereits überholt hat, und wir zwei Jahre zu spät mit weiteren Massnahmen sind.

://: Der Antrag von Hanspeter Belloni, SVP, Konto 1651 1 501.1 Streichung um Fr. 30'000.--, wird mit 17 zu 11 Stimmen abgelehnt.

1700 Umwelt und Raumordnung

Elisabeth Tobler, SVP: Konto 1782 5 500 und 1782 6 500 Deponie Bühlhof und Watt: Hier steht, jeweils Untersuchungen des Zustandes Fr. 50'000.-- bei der Deponie Bühlhof in diesem Jahr und bei der Deponie Watt Fr. 50'000.-- im 2016 und 2017. Meine Frage hier ist, ist das notwendig oder etwas, was man schieben kann, Fr. 50'000.-- des Zustandes Bühlhof?

Stadtrat Reto Stäheli: Die Gemeinde ist verpflichtet, den Nachweis zu bringen, wie der Zustand der Deponien ist. Wie wir alle wissen, hat es noch etliche Deponien im Kanton Thurgau. Arbon hat noch zwei solche Deponien und da müssen wir permanent die Kontrolle machen, wie der Gesamtzustand ist.

Elisabeth Tobler, SVP: In welchem zeitlichen Abstand muss das gemacht werden, das ist hier für mich die Frage? Kann man diese Untersuchung um ein Jahr schieben?

Stadtrat Reto Stäheli: Der Bühlhof hat schon lange keine Untersuchung mehr gehabt, und es liegt nahe, dass man diese Untersuchung machen muss. Alle, die dort laufen, sehen, wie es dort in etwa aussieht. Ich hoffe, dass wir mit einem blauen Auge davonkommen.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Deponie Bühlhof ist eine Problem-Baustelle, Elisabeth Tobler. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir versucht, 1994 diese Deponie zu sanieren. Damals, anfangs der 90er Jahre ist bei Regen das Wasser in allen Farben in den Bach gelaufen. Da musste eine Sanierung gemacht werden. Damals war dein Mann Christoph und ich in der Ortsverwaltung und haben beim Volk einen Kredit von über 1. Mio. Franken eingeholt, um diese Deponie zu sanieren, um den Ablauf zu sichern, dann diesen kleinen Klärweiher, der unten ist, anzulegen. Ich kann mir jetzt gut vorstellen, dass 20 Jahre später da entsprechende Massnahmen wieder nötig sind, damit nicht diese farbigen Gewässer, die wohl noch immer dort schlummern von alten Deponien, in den Bach gelangen.

Stadtmann Andreas Balg: Ich lehne mich ein bisschen hinaus, aber ich wage zu behaupten, dass es hier nicht um Spass geht sondern um einen gesetzlichen Auftrag, den wir erfüllen müssen.

Präsidentin Christine Schuhwerk:

Grafiken und Finanzplan Seite 9 / 10 und 11:

keine Bemerkung

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wenn kein Rückkommensantrag vorliegt, schliesse ich diese Diskussion, und bis die überarbeiteten Zahlen vorliegen, schlage ich eine 10-minütige Pause vor. Die Sitzung ist bis 11.05 Uhr unterbrochen. Bitte bedienen sie sich von den Nüssen, Mandarinen und Schokoladen im Foyer.

Silke Sutter Heer, FDP: Es ist bereits 11.00 Uhr und dann wäre es 11.15 Uhr. Ich denke wir sollten jetzt weiterarbeiten mit dem nächsten Traktandum und ich mache einen Ordnungsantrag, dass wir weiterfahren bis die Berechnung steht und gehen dann zurück auf die Anträge.

://: Der Ordnungsantrag von Silke Sutter Heer, FDP für die Fortsetzung des nächsten Traktandums, bis die Berechnung vorliegt, wird grossmehrheitlich angenommen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Es liegen die Zahlen vor: Beim Stand der Laufenden Rechnung nach den Korrekturen wäre das verabschiedete Defizit nach Parlament Fr. 920'400.--.

Stand der Investitionsrechnung nach der Korrektur 9'805'000.-- Mio. Franken.

Mit der Kenntnis dieser Zahlen kommen wir zur Verabschiedung der stadträtlichen Anträge, welche von der FGK einstimmig unterstützt werden.

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2015 sei bei 76 Prozent zu belassen.

://: Der Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss bei 76 Prozent zu belassen, wird einstimmig angenommen

2. Genehmigung des Voranschlags 2015 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr 920'400.--

://: Der Antrag wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Investitionsplans 2016-2018 mit Nettoinvestitionen von 9'805'000.-- Mio. Franken

://: Dem Antrag wird mit 22 Stimmen zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Voranschläge mit Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 8. März 2015 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist der Voranschlag durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit.

3. Botschaft Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) – Grundsatzentscheid

Antrag des Parlamentsbüros auf Bildung einer 5er Kommission

Das Büro beantragt ihnen die Bildung einer 5er Kommission.

Für diese Kommission haben die Fraktionspräsidien folgende Vorschläge eingereicht:

- Abegglen Inge, SP-Gewerkschaften-Juso
- Bass Remo, CVP/EVP
- Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
- Sutter Heer Silke, FDP
- Tobler Elisabeth, SVP

Gemäss Art. 57 Abs. 3 unseres Geschäftsreglements werden Mitglieder und Präsidien von parlamentarischen Kommissionen offen gewählt, sofern nicht ein Parlamentsmitglied geheime Wahl verlangt. Sie können gesamthaft gewählt werden.

Ich lasse zuerst über die Kommissionszusammensetzung abstimmen.

://: Die vorgeschlagene Kommission betreffend “Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) – Grundsatzentscheid“ wird einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt.

Wir kommen zur Wahl des Präsidiums. Zur Verfügung stellt sich Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso.

Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Alle anderen Mitglieder dieser Kommission haben beliebt gemacht, nicht als Präsident gewählt zu werden. Somit bin ich der letzte, der noch zur Verfügung steht. Ich reisse mich nicht um dieses Amt, aber wenn es sein muss, dann übernehme ich dieses Präsidium.

://: Peter Gubser wird als Präsident der Kommission „Verkauf Liegenschaft Rebenstrasse 33, Parzelle Nr. 2236 (Sonnenblumenhaus und Garagenplätze Seilerstrasse) – Grundsatzentscheid“ einstimmig bei eigener Stimmenthaltung gewählt.

4. Fragerunde

Präsidentin Christine Schuhwerk: Wie versprochen, wird Stadtmann Andreas Balg nun die Fragen von Monika Strauss, SVP beantworten.

Stadtmann Andreas Balg: Vier der sieben gestellten Fragen habe ich noch nicht beantwortet. Ich werde zuerst die Frage vorlesen, damit wir uns wieder erinnern und dann eine kurze Antwort geben.

Frage 3: Werden die Erfolgshonorare der fünf Netto-Mieten auch an die Firma Awit ausbezahlt, wenn der bisherige Mieter das Geschäft weiterführt oder erfolgt diese Auszahlung des Erfolgshonorars nur bei neuen Mietern?

Antwort: Die Auszahlung erfolgt nur bei neuen Lösungen!

Zu Frage 5: Welche Firmen ausser Awit wurden noch angefragt für das Ausarbeiten dieses “Gastro-Konzepts“?

Antwort: Wenn immer möglich, wählen wir ein ansässiges Unternehmen.

Awit ist das einzige uns bekannte Unternehmen unserer Gemeinde welches die Aufgabenbereiche: Prozess, Methode, Konzept, Suchauftrag, Umsetzung, Entscheidvorbereitung inklusive Vertragserstellung aus einer Hand anbieten kann. Bitte beachten sie, dass mit Bereitschaft zur Erfolgshonorierung die Awit bereit ist, unternehmerisches Risiko zu übernehmen. Die bisherige Arbeit war ausserordentlich gut und wurde von den Interessenten sehr gelobt.

Damit habe ich die Frage 6 auch beantwortet, die lautete: Aus welchen Gründen wurde an die Firma Awit das „Gastro-Konzept Arbon“ vergeben und welche Vorteile hat die Awit, die andere nicht haben?

Zu Frage 7: Warum werden die eingehenden Gesuche für das „Gastro-Konzept“ von der externen Firma Awit ausgewertet und nicht vom zuständigen Stadtrat und dem Ressort Bau?

Antwort: Das Beratungsunternehmen erstellt eine Vorauswahl und bewertet diese nach vorgegebenem Raster. Der Stadtrat entscheidet auf Grund aller Unterlagen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Vorab wurden keine Fragen eingereicht. Sind aktuelle Fragen?

5. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Andreas Balg: Auch hier mache ich es kurz. Sie haben mit ihren Unterlagen die Projektübersicht der Stadt Arbon erhalten und diese war auch auf dem Tisch vorne aufgelegt. Hier haben sie den aktuellen Stand der wichtigsten Projekte unserer Stadt. Besondere Aufmerksamkeit schenke ich insbesondere dem 3. Punkt: Ersatz Sammelstelle Werkhof Salwiese.

Hier darf ich auf die Eröffnung Anfang Januar 2015 aufmerksam machen. Wir haben da endlich ein Angebot und sind zum Ziel gekommen.

Präsidentin Christine Schuhwerk: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher, Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder, Vertreter der Medien, es war eine sehr anspruchsvolle Sitzung. Ich danke ihnen allen deshalb für die aktive Mitarbeit und allen Anwesenden für ihr Interesse an unserer Ortspolitik und ihr langes Ausharren.

Es wäre sehr schön, wenn sich alle hier Anwesenden im Foyer zu einem guten Gedankenaustausch mit Nüssli, Mandarinen und Schoggi und einem guten Glas Wein zusammensetzen würden. Ich wünsche eine frohe Weihnachtszeit und zufriedene Stunden im Kreise der Angehörigen und Freunde und allen auch einen guten Übergang ins 2015.

Wir treffen uns zur 28. Parlamentssitzung am 20. Januar 2015 um 19.00 Uhr.

Schluss der Sitzung um 23.10 Uhr.

Arbon, 16. Januar 2015

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin:

Christine Schuhwerk

Evelyne Jung